

ROTE ANNELIESE

WKB-Abzocker: Grossrat
Diego Clausen hilft › 3

Projekt Walibach: Schutz
mit Landschaftsrappen › 6

Notärzte: Ein sportlicher
Subaru für die Vitrine? › 12

Walliser Speicherstrom

Experten fordern 35 Millionen mehr!



SEITE › 4



**Walter Matthias
Diggelmann:**
Politischer
Schriftsteller

SEITE › 16

Prozess gegen Neonazi:

Das rassistische Blutlied war kein Zufall!



SEITE › 8

EDITORIAL

Chappaz ist tot, die Zuhälter leben!

Der Staatsrat schickte Maurice Chappaz ein paar pathetische Worte mit ins Grab, auf dass der tote Dichter nie mehr zurückkehre. Chappaz sei unter den ersten gewesen, «die sich gegen den Raubbau an der Natur erhoben, der die Seele unseres Kantons zu ersticken drohte.» Man beachte das Imperfekt, das sich hier auf Taubenfüssen perfid eingeschlichen hat. Und wie der Staatsrat weiter heuchelt, legte Chappaz «den Grundstein zu einer Bewusstseinsbildung, die heute – nach anfänglich erbittertem Widerstand – einhellig begrüsst wird.»

Der Walliser Staatsrat geht hochschwanger im Geiste des toten Dichters: «Unermüdlich hat er uns dazu aufgefordert, unsere Beziehung mit dieser unserer Erde zu hinterfragen. Wir müssen diese Arbeit nun ohne ihn fortsetzen, wobei wir jedoch Inspiration und Kraft aus seinem Werk schöpfen können.» Dem Wunsch des Staatsrates folgend, wollen wir uns unmittelbar an der Quelle der Inspiration laben. Genug der worttrunkenen Nachrufe, die den Dichter tot reden und tot schreiben. Hier soll der Dahingeschwiegene noch einmal selbst zu Wort kommen:

«Per anum haben sie das Land gefickt, bis dass die Firne wie Eisberge auf sie hernie-

derfallen. Fünf Grossräte, zwei Seilbahnen. Sieben Unternehmer. Schmiergeld, Ziergeld, Trumpf! Was heisst hier mogeln? Notar X, fünf Fälschungen: vier As, macht Hundert. Mafia in excelsis! Ein Geschäftemacher hat begriffen. Hat tausend Gipfel zur Prostitution verdammt. Und die Flüsse mit ihren

Wasserfällen untergegangen, verschluckt von Stollen, wie Jungfern, denen man die Zöpfe abgeschnitten hat. Ganze Täler waren in den Schlunden verschwunden, an deren Rand die Unternehmer, nachdem sie die Berge abgehobelt hatten, ihre Ferien verbrachten. Schmier und salben! Schalten und walten, Gnaden erhalten! Die Pfarrherrschaft mit uns! Diebstahl, Betrug, die rechte Gaunerei am blauen Himmel.»

Die Firne der Eisberge schmelzen da-

hin, die letzten Bergbäche werden von Stollen verschluckt und die Berge werden abgehobelt. Im Wallis erklimmt das grosse Wettrüsten eine neue Dimension: Seilbahnen, Pistenplanierungen, Kleinwasserkraftwerke, Pumpspeicherkraftwerke, Ferienresorts, Autobahnen, Hochspannungsleitungen, Schneekanonen und Luxusweitwohnungen. Chappaz ist tot, die Zuhälter leben!

Kurt Marti



INHALT

Kantonalbank:
Luzerner CVP
übt harte Kritik
SEITE › 3

Wasserzinse:
Experten fordern
35 Millionen mehr
SEITE › 4

Projekt Walibach:
Abgeltung für
Naturschutz
SEITE › 6

Neo-Nazi-Prozess:
Das Blutlied war
kein Zufall
SEITE › 8

Polizei und Justiz:
Handzahn gegen
Rechtsradikale
SEITE › 9

Notaratzfahrzeug:
Ein Subaru für
das Schaufenster
SEITE › 12

Philo-Aktuell:
Beda M. Stadler
und die Bio-Hühner
SEITE › 13

Buchbesprechung:
Woran glaubt
ein Atheist?
SEITE › 15

W. M. Diggelmann:
Ein politischer
Schriftsteller
SEITE › 16

Belalp-Riederalp:
Albert Bass hat
kapituliert
SEITE › 20

IMPRESSUM

ROTE ANNELIESE

Jugendabo: Fr. 25.-
Jahresabo: Fr. 50.-
Unterstützungsabo: 80.-
PC 19-8382-6

REDAKTOR

Kurt Marti (ktm)

MITARBEITERINNEN

DIESER NUMMER
Hilar Eggel
Marie-Theres Kämpfen
Renata Werlen
Antifa Oberwallis

HERAUSGEBER

Verein Rote Anneliese
Postfach 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

SATZ UND DRUCK

s+z Gut zum Druck
3902 Brig-Glis



WKB-Direktor Jean-Daniel Papilloud:
Eine Million Franken im Jahr



WKB-Vizepräsident Albert Bass:
Fürstliche 154 000 Franken im Jahr



CSPO-Grossrat Diego Clausen:
Wortführer im Dienst der Abzocker



CVP-Fraktionschef Guido Graf (LU):
«Das gibt mir zu denken.»

CVPO und CSPO: Freie Fahrt für die WKB-Abzocker

Luzerner CVP-Chef:

«Da stimmt doch etwas nicht!»

SITTEN/LUZERN – Im Juni 2008 veröffentlichte die RA die horrenden Entschädigungen der Direktoren und Verwaltungsräte der Walliser Kantonalbank. Darauf verlangte die SPO mit einem Postulat die Reduktion der Entschädigungen. Davon wollten die C-Parteien im Grossen Rat gar nichts wissen. Ganz anders die Luzerner CVP, welche die Abkassierer der Luzerner Kantonalbank öffentlich kritisiert.

(ktm) Gegenüber der Neuen Luzerner Zeitung (NLZ) erklärte Guido Graf, Fraktionschef der Luzerner CVP: «Die Spitzenlöhne der Luzerner Kantonalbank (LUKB) sind auf einem Niveau angelangt, das in einem krassen Unterschied zu den Löhnen von Vorstehern der kantonalen Anstalten steht.» Und Graf folgerte weiter: «Das gibt mir zu denken; da stimmt doch etwas nicht mehr.» Deshalb verlangten im vergangenen November insgesamt 28 Luzerner CVP-KantonsrätInnen vom Luzerner Regierungsrat Rechenschaft über die Entschädigungen der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrates der Luzerner Kantonalbank (LUKB). In der Begründung heisst es: «Im

Lichte der globalen Finanz- und Bankenkrise besteht ein grosses öffentliches Interesse, die Situation bei Bankinstituten mit Staatsgarantie öffentlich aufzuzeigen und politisch zu bewerten.»

WKB-Chefs übertreffen ihre Artgenossen in Luzern

Die LUKB-Geschäftsleitung kassierte im Jahr 2007 eine Bruttoentschädigung von rund 4,1 Millionen Franken, der Verwaltungsrat rund 850 000 Franken. Obwohl die WKB-Bilanzsumme mit 8,2 Milliarden Franken um den Faktor 2,4 kleiner ist als jene der LUKB mit 19,4 Milliarden, bedienten sich die WKB-Direktoren mit 4,3 Millionen und die WKB-Verwaltungsrä-

te mit 933 000 Franken noch fürstlicher als ihre Artgenossen in Luzern. Was die Luzerner CVP verlangte, forderte im Wallis auch die SPO, nämlich eine Überprüfung der horrenden WKB-Bezüge und entsprechende Massnahmen durch den Staatsrat. Die Schwarzen und die Gelben stellten sich vor die WKB-Bosse und verwarfen das SPO-Postulat mit 91 zu 19 Stimmen.

Diego Clausen im Dienst der WKB-Bosse

Als Wortführer im Dienste der WKB-Abzocker trat der Nati-

scher CSPO-Grossrat Diego Clausen auf die Grossratsbühne und erklärte, dass die WKB-Löhne «quasi dem Mittel der Schweizerischen Kantonalbanken» entsprächen und «damit dies so bleibt, soll auch zukünftig die Regierung dieses Geschehen überwachen.» Die WKB sei ein autonomes Unternehmen und der Staatsrat dürfe «die Löhne der Direktoren nicht festlegen.» Damit hatte Clausen schon alles gesagt: Die WKB-Chefs können mit dem Segen der CSP und der CVP weiterhin abkassieren, auch wenn die WKB mehrheitlich den Walli-

serInnen gehört und von der Staatsgarantie profitiert. Um seine Position zu untermauern hob Clausen zu einer Lobrede auf die WKB an. Den RA-LeserInnen sei ein Satz daraus nicht vorenthalten, an welchem sich der «Bankfachmann» Clausen fast verschluckte: «Es gilt zu erwähnen, dass in den letzten 10 Jahren die Werthaltigkeit in bezug auf die Solidität im Zusammenhang mit den ausgewiesenen Resultaten und die Rentabilität in Bezug auf die Substanz kontinuierlich stieg.»

Auch die SVP schützt die WKB-Abkassierer

(ktm) Der Unterwalliser SVP-Grossrat Edmund Perruchoud machte die SVP-Haltung für die WKB-Abzocker mit einem Satz klar: «Es sind nie die guten Chefs, welche zu viel verdienen, sondern nur die schlechten.» Das SPO-Postulat zur Reduktion der WKB-Löhne lehnte er ab. Die SVP Wallis findet die WKB-Abzockerei völlig in Ordnung. Noch vor der Grossrats-Session verzichtete SVPO-Staatsratskandidat Franz Ruppen auf Anfrage auf eine Stellungnahme zum brisanten Thema. Jetzt wissen wir seine Meinung über den Umweg nach Sitten.



SVPO-Präsident Franz Ruppen:
Wieso nicht gleich Farbe bekennen?

Wasserzinse: Experten verlangen einen Speicherzuschlag von 35 Millionen Franken für den

Kritik an der Umverteilung von de

BERN/WALLIS – Im Jahre 2006 gab der Bundesrat beim privaten Beratungsbüro «econcept» einen Bericht zur Erhöhung der Wasserzinse in Auftrag. Obwohl der Bericht seit Oktober 2008 vorliegt, nimmt die aktuelle Gesetzesrevision darauf überhaupt keinen Bezug. Kein Wunder, denn der Bericht fordert zusätzlich zur allgemeinen Erhöhung der Wasserzinse einen speziellen Speicherzuschlag für Spitzenstrom. Allein für das Wallis bedeutet dies zusätzliche 35 Millionen Franken. Aber unsere Politiker haben schon zum Rückzug geblasen.

VON KURT MARTI

Nachdem die RA im Februar 2006 eine Erhöhung der Wasserzinse forderte, verlangte der damalige SPS-Nationalrat Jean-Noël Rey mit einem Postulat einen Expertenbericht und die Anpassung der Wasserzinse (siehe *Chronologie*). Im Sommer 2006 stellte der Bundesrat einen solchen Bericht auf Ende Jahr in Aussicht. Zwei Jahre dauerte es bis der Expertenbericht des Beratungsbüros «econcept» im Oktober 2008 vorlag. Ebenfalls im Oktober 2008 schickte die Energiekommission des Ständerates (UREK) in Zusammenarbeit mit dem Energiedepartement (UVEK) eine Gesetzesänderung zur Erhöhung der Wasserzinse in die Vernehmlassung (siehe *Kasten*). Doch skandalöserweise sind die Ergebnisse des Expertenberichtes überhaupt nicht in die Gesetzesrevision eingeflossen. In einem einzigen Nebensatz wird auf den Expertenbericht verwiesen, dessen Resultate erst auf Ende 2008 zu erwarten seien.

Energiekommission des Ständerates gegen Speicherzuschlag

Die Vernehmlassung zur Gesetzesrevision war am 12. Januar abgeschlossen (*Resultate siehe Kasten*). Die UREK des Ständerates schlägt die Erhöhung des Wasserzinsmaximums von heute 80 Franken

pro Kilowatt Bruttoleistung (Fr./kW) in einem ersten Schritt auf 100 Fr./kW (2009 bis 2014) und in einem zweiten Schritt auf 110 Fr./kW (2015 bis 2019) vor. Für das Wallis bedeutet dies eine Erhöhung der Wasserzinse von heute 110 Millionen auf 137,5 Millionen im ersten Schritt und auf 151,5 Millionen im zweiten Schritt. Einen Speicherzuschlag, mit dem der höhere Wert der Speicherenergie abgegolten würde, lehnte die ständerätliche Kommission ab, und zwar mit der Begründung, das würde «eine grundlegende Neugestaltung des Wasserzinses bedingen».

Econcept empfiehlt 34,6 Millionen Speicherzuschlag für das Wallis

Die Ergebnisse des Expertenberichtes sind vor allem für die Gebirgskantone und Besitzer von Speicherkraftwerken interessant und brisant. Denn im krassen Gegensatz zur Ständeratskommission und zum UVEK kommen die Verfasser des Expertenberichtes zum Schluss, dass zusätzlich zur Erhöhung der Wasserzinse ein Speicherzuschlag gerechtfertigt ist. Laut econcept-Studie muss ein Unterschied zwischen der billigeren Bandenergie aus Flusskraftwerken und der teureren Spitzenenergie aus Speicherkraftwerken gemacht werden. Schliesslich



Kraftwerk Mattmark: Zu wenig Wasserzinsen, keine Gewinnsteuern und kein Speicherzuschlag

kostet das Filet auch mehr als die Cervelat. Die Spotmarktpreise für Speicherenergie sind durchschnittlich 24% höher als jene der Bandenergie. Darin spiegelt

sich laut econcept-Studie die gesteigerte Wertschätzung der Speicherenergie. Damit erzielen die Stromkonzerne erhebliche Gewinne, sogenannte Differenzialrenten.

Laut «econcept» lässt sich der Speicherzuschlag ökonomisch begründen: «Durch Einführung eines Speicherzuschlages wird es den Gemeinwesen ermöglicht, einen

SVP radikal gegen das Wallis – CSP nur lauwarm dafür

Die SPS, die Grünen, die CVP und die FDP befürworten eine Anpassung der Wasserzinse gemäss der Teuerung und aufgrund der Wertsteigerung. Einzig die SVP und die CSP tanzen aus der Reihe. Die SVP-Haltung deckt sich einmal mehr mit dem Wirtschaftsverband *economiesuisse*, in welchem die Stromkonzerne und die Industrie vertreten sind. Die SVP lehnt die Erhöhung der Wasserzinse radikal ab und will dem Kanton Wallis pro Jahr 76 Millionen Franken inklusive Speicherzuschlag vorenthalten. SVPO-Staatsratskandidat Franz Ruppen beantwortete eine entsprechende Mail-Anfrage der RA nicht. Auch die CSP gibt sich knausrig: Mit Verweis auf die «sich anbahnende Krise» will sie bloss den Teuerungsausgleich gewähren, also bloss eine Erhöhung des Wasserzinsmaximums auf rund 90 Fr./kWh. Damit wird auch klar, wieso CSPO-Nationalrat Roberto Schmidt «das Fuder nicht überladen» will. Gegen eine Erhöhung der Wasserzinse ist auch der Städteverband. Die tonangebenden Grossstädte haben gar kein Interesse, auf die fetten Gewinneinnahmen, Dividenden und Gewinnsteuern aus den Speicherkraftwerken zu verzichten.



Staatsratskandidat Franz Ruppen schweigt auf Anfrage der RA: SVP Schweiz will dem Kanton Wallis 76 Millionen rauben und den reichen Städten schenken!

Kanton Wallis – Aber die Energiekommission des Ständerates weiss nichts davon!

n armen zu den reichen Kantonen



CSPO-Nationalrat Roberto Schmidt hat zu früh zum Rückzug geblasen:
«Das Fuder nicht überladen».

Teil der Differenzialrente abzuschöpfen.» Davon würde laut «econcept» das Wallis «am stärksten profitieren», konkret mit 34,6 Millionen Franken pro Jahr. Auch die Begründung der UREK des Ständerates lässt «econcept» nicht gelten. Für einen Speicherzuschlag braucht es kein neues Berechnungssystem: Die übrigen Wasserzinsregelungen könnten beibehalten werden und die Anpassung des Speicherzuschlags «würde ähnlich funktionieren wie die bisherigen Anpassungen des bundesrechtlichen Wasserzinsmaximums.»

Geldfluss in die Zentren widerspricht der neuen Regionalpolitik

Die Stromkonzerne haben 2007 einen Gewinn von rund 3 Milliarden erwirtschaftet, vor allem mit dem Strom aus den Speicherkraftwerken. Diese Gewinne fliessen hauptsächlich in die reichen Städte und Zentren, denen die Wasserkraftwerke gehören und welche zusätzlich die Gewinnsteuern einsacken. Erstmals übt nun eine Bundesstudie harte Kritik am Mittelfluss von den ärmeren zu den reicheren Kantonen. Die econcept-Experten kommen zum Schluss, dass «bei

Erhöhung der Wasserzinse: Chronologie

Februar 2006	Wasserkraft-Dossier der Roten Anneliese
März 2006	Postulat von Nationalrat Jean-Noël Rey
August 2007	Pressekonferenz der Gebirgskantone
Dezember 2007	Motion von Nationalrat Hansheiri Inderkum
März 2008	Postulat von Nationalrat Sep Cathomas
Juni 2008	Parlamentarische Initiative UREK Ständerat
Oktober 2008	Vernehmlassung Gesetzesentwurf
Oktober 2008	Expertenbericht econcept

der steigenden Wertschätzung der Hydroelektrizität zurzeit eine Umverteilung von den wirtschaftlich schwachen zu den wirtschaftlich starken Regionen resultiert.» Dies ist laut

econcept «regionalpolitisch nicht optimal» und widerspricht der neuen Regionalpolitik, welche eine optimale Wertschöpfung in den Regionen verlangt.

Walliser Politiker haben zu früh zum Rückzug geblasen

Es ist sehr erstaunlich, dass man in Bern fast drei Jahre mit der Gesetzesrevision

zugewartet hat und zeitgleich mit dem Vorliegen des Expertenberichtes plötzlich ein Gesetzesentwurf vorliegt, der überhaupt keine Rücksicht auf den Expertenbericht nimmt. Entweder handelt es sich hier um Schlamperei oder um bewusste Ignoranz. Beides zum Schaden der Gebirgskantone und vor allem des Kantons Wallis. Denn in Unkenntnis des econcept-Berichtes hat der SPO-Staatsrat Thomas Burgener und der CSPO-Nationalrat Roberto Schmidt in Bezug auf den Speicherzuschlag bereits zum Rückzug geblasen: Burgener will dadurch die Vorlage «nicht gefährden» und Schmidt «das Fuder nicht überladen».

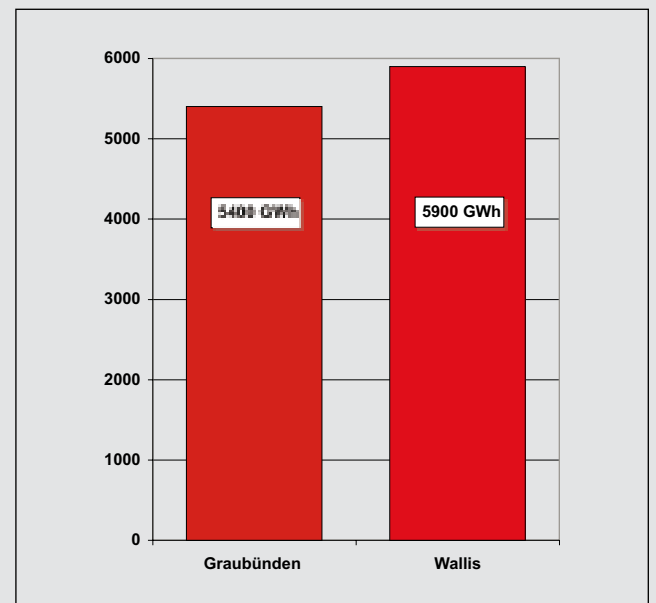
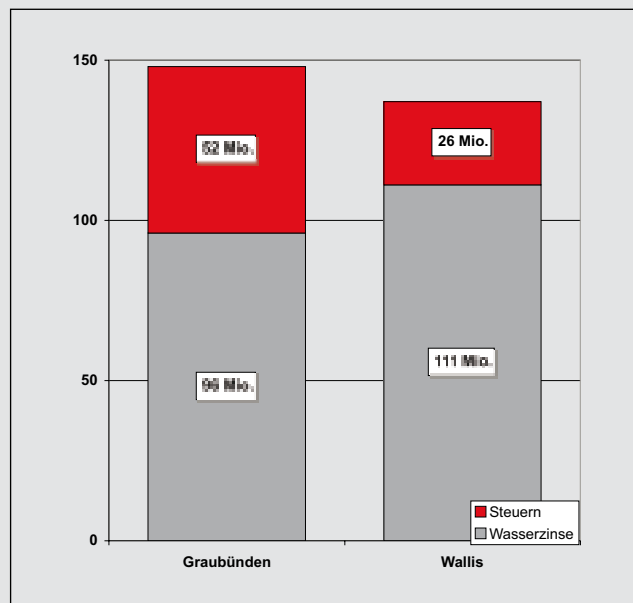
Graubünden kassiert doppelt soviel Gewinnsteuern!

Von den 3 Milliarden Gewinnen der Stromkonzerne bleiben dem Kanton Wallis bloss 110 Millionen Wasserzinse und rund 25 Millionen Gewinnsteuern. Vor allem bei den Gewinnsteuern schließt und schläft der Kanton Wallis (siehe Grafik). Obwohl die Bündner rund 500 GWh we-

niger Spitzenenergie produzieren, kassieren sie doppelt so hohe Gewinnsteuern. So steht es schwarz auf weiss im econcept-Bericht des Bundes. Noch immer brütet man im Departement von Jean-René Fournier über einem neuen Besteuerungsmodell.



Staatsrat und Ständerat Jean-René Fournier:
Das Doppelmandat hinterlässt seine Spuren.



Die Walliser Speicherkraftwerke produzieren rund 500 Gigawattstunden (GWh) mehr als die Bündner Speicherkraftwerke. Trotzdem ist der finanzielle Nutzen für das Wallis kleiner, weil die Bündner offenbar härter mit dem Strombaronen verhandelten.

Quelle: econcept



Das Bieligerthal in der Gemeinde Grafschaft mit Blick gegen Norden:
Grenze zum nationalen Schutzgebiet «Berner Hochalpen und Aletsch-Bietschhorn».



Der Walibach im hinteren Teil des Bieliger Tales:
Einer der letzten frei fliessenden Bergbäche im Wallis.

Bieligerthal und Walibach unter Naturschutz stellen

Landschaftsrappen von jährlich 10

GRAFSCHAFT – Die Gemeinde Grafschaft und die EnBAG wollen trotz starker Opposition den Walibach für die Stromproduktion nutzen. Der Wasserzins für die Gemeinde würde pro Jahr 62500 Franken betragen. Wenn aber das Bieligerthal unter Naturschutz gestellt würde, könnte die Gemeinde vom Landschaftsrappen in der Höhe von rund 100000 Franken profitieren, wenn der Kanton auf seinen Anteil verzichtet. Und das hat er bisher in vergleichbaren Fällen getan. Die Gemeinde hätte eine zusätzliche Einnahmequelle und der Walibach könnte weiter sprudeln.

VON KURT MARTI

Weil der Bund neue Kleinwasserkraftwerke mit einem Ökobeitrag aus dem Topf der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) subventioniert, wetteifern die Stromer und Ingenieure darum, wie man den letzten Tropfen Wasser vergolden kann. Die konzessionsverleihenden Gemeinden werden mit den Wasserzinsen geködert und nehmen deshalb die Zerstörung der Bergbäche hin. Das Wasserkraftwerk Walibach in der Gemeinde Grafschaft im Goms würde jährlich rund 62500 Franken Wasserzins in die Gemeindekasse und 94000 Franken in die Kantonskasse spülen, also insgesamt 156500 Franken. Aber nicht nur die Trockenlegung der letzten freifliessenden

Bergbäche lohnt sich, sondern auch der Schutz der Natur. Zu diesem Zweck wurde der sogenannte Landschaftsrappen gesetzlich verankert, mit dem jene Gemeinden entschädigt werden, welche auf geplante Wasserkraftwerke verzichten und dafür das Gebiet unter Naturschutz stellen. Jährlich werden in der Schweiz 3,1 Millionen ausbezahlt, aber laut Gesetz könnten es fast doppelt soviel sein, also 5 Millionen. Es liegen hier also noch rund 2 Millionen Franken brach. Schon heute profitieren 13 Oberwalliser Gemeinden (Ausserberg, Birgisch, Baltschieder, Binn, Eggerberg, Gondo, Mund, Mörel, Naters, Niedergesteln, Raron, Ried-Mörel und Simplon-Dorf) und der Kanton Wallis mit jährlich fast 1,7 Millionen Franken vom

Landschaftsrappen (siehe Tabelle).

Vier von sieben Schutzgebiete müssen nicht mit dem Kanton teilen

Gemäss der gesetzlich vorgeschriebenen Berechnungsformel würde die gesamte Entschädigung für den Walibach grob geschätzt rund 100000 Franken im Jahr betragen. Dabei stellt sich die Frage, ob die Gemeinde dem Kanton 60%, das heisst 60000 Franken abgeben müsste. Wie die untenstehende Tabelle zeigt,

fordert der Kanton seinen Anteil von 60% nur von den drei Schutzgebieten, welche über 300000 Franken Landschaftsrappen erhalten. Die anderen Schutzgebiets-Gemeinden dürfen den gesamten Beitrag behalten. Beispielsweise für das Bietsch- und Jolital betragen die gesamten Entschädigungen 91000 Franken, welche zu 100% auf die Gemeinden Niedergesteln (23500 Franken) und Raron (67500 Franken) aufgeteilt werden. Neben der Höhe der gesamten Entschädigung ist die finanzielle Stärke der betreffenden Gemeinde

von Bedeutung. Beide Kriterien sprechen im Hinblick auf die Rechtsgleichheit klar dafür, dass die Gemeinde Grafschaft die gesamte Entschädigung von 100000 Franken behalten könnte.

Ein Korridor zwischen zwei nationalen Schutzgebieten

Als Gegenleistung müsste das Bieligerthal unter Naturschutz gestellt werden. Die Umgebung des Tales gehört schon heute zu den nationalen Schutzgebieten, im Norden das nationale Schutz-

Schutzgebiet	Kanton	Gemeinden	Total in Fr.
Oberaletsch	427 000	296 000	723 000
Laggintal	257 000	172 000	429 000
Baltschiederthal	182 000	123 000	305 000
Bietsch- und Jolital	0	91 000	91 000
Vallon de Réchy	0	65 000	65 000
Gredetschtal	0	37 000	37 000
Binntal	0	33 000	33 000
Total	866 000	817 000	1 683 000

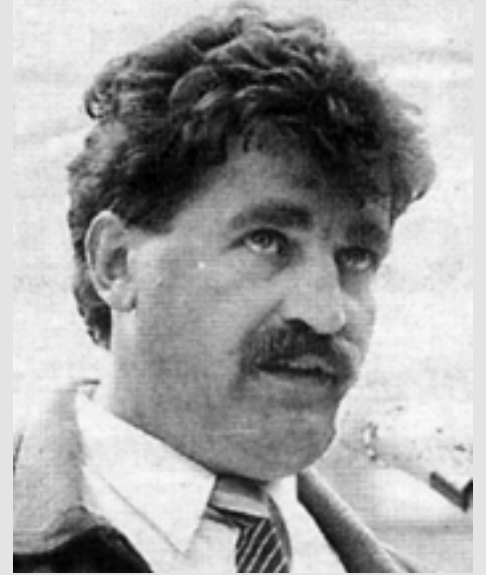
Nur die drei Schutzgebiete Oberaletsch, Laggintal und Baltschiederthal müssen ihre Entschädigungen für entgangene Wasserzins mit dem Kanton teilen. Die vier anderen Schutzgebiete können 100% des Landschaftsrappens behalten.



Der Walibach im unteren Teil des Bieligerales:
Eines der letzten Fischlaichgewässer im Wallis.



Alt-CVP-Ständerat Rolf Escher:
Den Speck durch den Mund gezogen ...



Alt-Gemeindepräsident Elmar Diezig:
«Wir kennen die Stimmbürger persönlich ...»

0 000 Franken!

gebiet «*Berner Hochalpen und Aletsch-Bietschhorn*» und im Süden das nationale Auengebiet «*Zeiterboden*». Der Schutz des Bieligerales würde sozusagen einen Korridor zwischen den beiden nationalen Schutzgebieten bilden. Wenn das Tal unter Naturschutz gestellt wird, gewinnt die Gemeinde Grafschaft doppelt: Sie bekommt einen wertvollen Beitrag in die Gemeindekasse und das Bieligerale samt Walibach und Fischlaichgebiet bleiben erhalten. Und eines darf man nicht vergessen: Die Ge-

winne des Wasserkraftwerkes Walibach würden am Sitz der EnBAG in Brig-Glis versteuert und nicht in der Gemeinde Grafschaft. Neben dem Wasserzins lockt die EnBAG ebenfalls mit einer Gewinnbeteiligung von einem Viertel. Man kann schon heute ausmalen, dass die EnBAG aus verständlichem Eigeninteresse besorgt sein dürfte, die Gewinne nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Mit der Kunst der Buchhaltung ist das kein grosses Problem.

Ökogelder gehen bachab: Auch der Staatsrat warnt

160 Millionen Ökogelder der sogenannten «Kostendeckenden Einspeisevergütung» (KEV) werden locker gemacht, um die letzten Bergbäche in dunklen Stollen verschwinden zu lassen. Es wäre viel sinnvoller, diese Gelder in die eingereichten Solarprojekte zu investieren. Erstaunlicherweise haben auch der Walliser Staatsrat und die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) grosse Bedenken. In ihren Stellungnahmen zur Stromversorgungsverordnung halten sie fest, dass mit den KEV-Subventionen Kleinkraftwerke gefördert werden, welche «*unter ökologischen Gesichtspunkten keineswegs als wünschenswert zu qualifizieren sind.*» Zudem müsse verhindert werden, «*dass übermässige Gewinne realisiert werden können.*» Mit dem vorliegenden System gäbe es «*eine blosser Multiplikation der gegenwärtigen Technik und keine Weiterentwicklung. Es werden keinerlei Anreize für Technologieschübe gesetzt.*»

Chaotische Abstimmung über die Wasserrechtskonzession Staatsrat verschanzt sich hinter Formalismus

Im letzten November sprach sich die Urversammlung der Gemeinde Grafschaft nur sehr knapp für eine Wasserkraftkonzession «Walibach» aus. Die Abstimmung wird von kritischen BürgerInnen als «chaotisch» bezeichnet. Am Schluss lagen zwei Stimmzettel mehr in der Urne als Stimmberechtigte im Saal anwesend waren. Deshalb reichte ein Bürger beim Staatsrat eine Beschwerde ein, welche der Staatsrat aus formellen Gründen abgewiesen hat.

«*So ein Durcheinander bei einer Abstimmung habe ich noch nie erlebt,*» hält ein älterer Grafschafter empört fest. Nachdem der damalige Gemeindepräsident Elmar Diezig und der EnBAG-Präsident Rolf Escher das geplante Wasserkraftprojekt Walibach in hohen Tönen gelobt und den GrafschafterInnen den Speck in Form von Wasserzinsen und Gewinnablieferungen durch den Mund gezogen hatten, verlangte Peter Rovina, der ehemalige Gemeindepräsident von Biel, eine schriftliche Abstimmung zur Konzessionsverleihung. Unter den Promotoren breitete sich Unruhe und Hektik aus. Damit hatten sie nicht gerechnet. Die Urversammlung stimmte der Konzession schliesslich nur sehr knapp mit 33 Ja zu 26 Nein zu. Aufgrund der chaotischen Vorgänge reichte Rovina beim Staatsrat eine Beschwerde gegen den Entscheid der Urversammlung ein und verlangte eine ordentliche Wiederholung der schriftlichen Abstimmung.

Gemeindeverantwortliche waren «nicht vorbereitet» und «überfordert»

In der Beschwerdeschrift erklärt Rovina, dass die schriftliche Abstimmung unter «*völlig unübersichtlichen, willkürlichen, ja chaotischen Bedingungen durchgeführt wurde.*» Die Gemeindeverantwortlichen seien auf eine schriftliche Abstimmung «*nicht vorbereitet*» und folglich «*überfordert*» gewesen. Konkret führt er folgende Kritikpunkte auf:

- Die Stimmzettel wurden unkontrolliert und beliebig angefertigt unter Zuhilfenahme von Sackmessern und herumliegendem Papier.
- Es wurde weder ein Stimmbüro bezeichnet, noch wurden die ausgeteilten Stimmzettel oder die an der Abstimmung teilnehmenden BürgerInnen registriert.
- Während der Abstimmung zählte dann ein Stimmenzähler die Stimmberechtigten im

Saal, während ein zweiter Stimmenzähler diejenigen Stimmberechtigten im Freien zählte, die den Saal vorübergehend verlassen hatten.

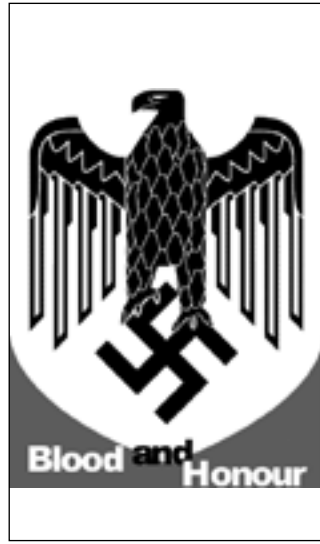
Aufgrund dieser Vorgänge war es nicht erstaunlich, dass am Schluss zwei Stimmzettel mehr in der Urne (eine offene Kartonschachtel!) lagen als Stimmberechtigte im Saal anwesend waren. Aufgrund des chaotischen Abstimmungsverlaufs kann laut Rovina «*nicht festgestellt werden, wie viele Stimmbürger doppelt oder gar nicht abgestimmt haben.*» Dadurch sei das Abstimmungs-Resultat entscheidend verfälscht worden, weshalb eine Wiederholung der Abstimmung «*in geordneter, gesetzlich vorgeschriebener Weise zwingend erforderlich*» sei.

Demokratiefeindliche Beschwerdefrist von drei Tagen

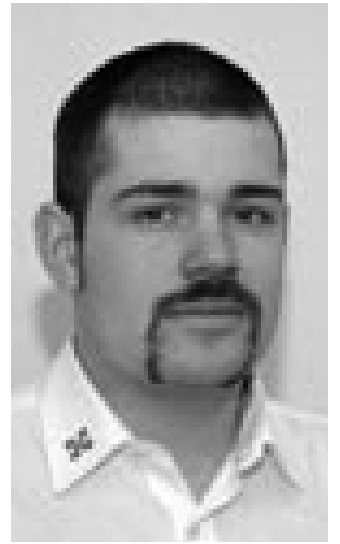
Die Gemeinde Grafschaft stellt sich in ihrer Stellungnahme auf den Standpunkt, alles sei gemäss Vorschrift abgelaufen: «*Da die Mitglieder des Gemeinderates die Stimmbürger alle persönlich kennen, achteten sie bewusst darauf, dass nicht einzelne Personen zweimal an der Urne vorbeikamen.*» Auch für die zwei überschüssigen Stimmzettel in der Urne hat der damalige Gemeindepräsident Diezig eine pfiffige Antwort parat: Möglicherweise hätten die Stimmenzähler sich selbst nicht mitgezählt! Ende Januar hat der Staatsrat Rovinas Beschwerde abgewiesen. Er habe die Beschwerdefrist von drei Tagen (!!) nicht eingehalten, heisst es in der Begründung. Ein Blick ins «*Gesetz über die politischen Rechte*» bestätigt, dass diese demokratiefeindliche Frist tatsächlich nur 3 Tage beträgt. Nicht im Gesetz steht, welcher Gnom diese Frist verbrochen hat.



Crazy Palace in Gamsen: Die Neonazis erklärten das Konzert zum privaten Anlass und die Kantonspolizei war für die externe Sicherheit zuständig.



«Blood & Honour»: Das Hakenkreuz gehört dazu.



Jonathan Leiggenger: Aktives Mitglied von «Blood & Honour»

Neonazi-Konzert zu Ehren des Rassisten Ian Stuart Donaldson

Das rassistische «Blutlied» war kein

BRIG-GLIS – Im Januar 2009 fand der Prozess gegen die Organisatoren des Neonazi-Konzertes im Crazy Palace statt. Die 18 Angeklagten versuchten das Konzert vom September 2005 zu verharmlosen. Niemand wollte Hakenkreuze und Hitlergrüsse gesehen haben, keiner hatte das rassistische «Blutlied» gehört. Doch das «Blutlied» der Schweizer Gruppe «Amok» war kein Zufall, wie ein Blick ins Netzwerk der Oberwalliser Neonazis zeigt.

VON ANTIFA OBERWALLIS

Es ist eine Frühlings-Nacht im Mai 2005. Irgendwo im Kanton Baselland treffen sich

die regionalen Vertreter des rechtsextremen und rassistischen Netzwerkes «Blood & Honour» (siehe Kasten) zu einem Waldfest. Mit dabei ist

auch Silvan Gex-Collet, der heute 29-jährige Elektromechaniker aus Glis. Es geht um die Organisation eines Gedenkkonzertes für den Rassisten, Judenhasser und Hitlerverehrer Ian Stuart Donaldson (ISD), den Begründer von «Blood & Honour». Gex-Collet erklärt sich bereit, das sogenannte ISD-Memorial im Oberwallis durchzuführen. Für die RA-LeserInnen ist Gex-Collet kein Unbekannter. Die RA berichtete schon mehrmals über dessen Nähe zu «Blood & Honour» und über seinen Tattoo-Shop

in Naters. Zudem trat er als Mieter eines Lokals in Glis in Erscheinung, welches damals als Treffpunkt der Neonaziszene im Oberwallis galt. Im Lokal kam es zu einem Konzert der Berner Neonazi-Band «Indiziert» und der Oberwalliser Neonazi-Band «Hellvetica», deren Mitglied Gex-Collet ist. Hellvetica trat auch am ISD-Memorial in Gamsen auf, was in der Anklage keine Erwähnung findet. Zudem ist Gex-Collet ein eifriger Besucher rechtsextremer Anlässe. So fungierte er letztes Jahr an der

Sempacher Schlachtfeier als Fotograf (siehe Foto).

Leiggenger ist Mitglied des Neonazi-Netzwerkes «Blood & Honour»

Ende Juli trafen sich die sechs Hauptangeklagten zu einer Sitzung im Sporthotel Olympica in Glis, um die letzten Details zu besprechen und das Crazy Palace zu besichtigen. Die Finanzierung des «Blood & Honour»-Konzertes lief über ein WKB-Konto mit der Tarn-Bezeichnung «Sportverein Turn und Luschtig». Unter den Teilnehmern

Rassistisch, gewalttätig, antisemitisch

Ian Stuart, Blood & Honour, Combat 18

Der britische Sänger Ian Stuart Donaldson (ISD) starb 1993 im Alter von 36 Jahren an einem Autounfall. Er war der Kopf der Neonazi-Band «Srewwriver» und der Begründer des neonazistischen Netzwerkes «Blood & Honour». Dazu gehört heute auch eine bewaffnete Terrorgruppe mit dem Namen «Combat 18» (siehe Foto). Einer ihrer Slogans lautet: «Weisse Revolution ist die einzige Lösung». Stuart Donaldson verherrlichte die weisse Rasse und predigte die Minderwertigkeit der Schwarzen, der Juden und Schwulen.

Das «Bayerische Staatsministerium des Innern» schreibt über seine Lieder: «Die Liedtexte propagieren Nationalismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt». Und über die «Blood & Honour»-Bewegung: «Sie vertritt eine rassistische und neonazistische Weltanschauung wie die Vorstellung von einer Höherwertigkeit der weissen Rasse». Jedes Jahr finden weltweit ISD-Gedenkkonzerte statt. «Blood & Honour» ist in Deutschland verboten, wütete aber im Untergrund weiter, auch über den bewaffneten

Arm «Combat 18». Immer wieder schockieren «Blood & Honour»-Sympatisanten mit Gewalttaten. Besonders grausam war der Mord an Marcel von Allmen auf dem «Bödli» bei Thun. Bei den Mördern fand die Polizei Propaganda-Material von «Blood & Honour». In Frauenfeld hatten sechs Neonazis, darunter auch Mitglieder von «Blood & Honour» zwei 15- und 17-jährige Jugendliche brutal zusammengeschlagen. Dem jüngeren musste ein Teil des Hirns herausoperiert werden und er wird lebenslang behindert bleiben.



Ausschnitt aus einem Propaganda-Video von «Combat 18»: 18 steht für die Anfangsbuchstaben von Adolf Hitler.



Silvan Gex-Collet: Mit einem «Blood & Honour»-T-Shirt an der letztjährigen Sempacher Schlachtfeier.



Oberwalliser Neonazi-Band «Hellvetica»: Das Konzert in Domodossola wurde verboten.

Zufall!

an der Sitzung im Olympica war auch ein Neonazi, welcher bei einem Überfall auf eine Juso-Veranstaltung im Kanton Glarus beteiligt gewesen war. Zudem nahm an der Sitzung auch Jonathan Leiggenger teil (siehe Foto), das Vorstandsmitglied der rechtsextremen PNOS (Partei national orientierter Schweizer). Ende Januar wurden fünf Exponenten der PNOS vom Bezirksgericht Aarau wegen Rassendiskriminierung verurteilt. Der im Unterwallis wohnhafte Leiggenger will seit einiger Zeit eine Walliser Sek-

tion der PNOS gründen, was bis heute noch nicht geschehen ist. Leiggenger gab vor dem Bezirksgericht zu, Mitglied der Sektion Romandie von «Blood & Honour» zu sein. Auf die Frage, was er vom judenverachtenden «Blutlied» der Gruppe «Amok» halte, wollte er *«keine Antwort geben.»* Kein Wunder, denn der Judenhass gehört zur Ideologie von «Blood & Honour». Auch sein Anwalt Pascal Junod aus Genf ist eine bekannte Figur in der rechtsextremen Szene der Westschweiz. Im Jahr 1999 kandidierte er auf der Genfer SVP-Liste für den Nationalrat. Als seine braune Ideologie öffentlich wurde, war die Empörung gross und die SVP liess ihn fallen. Junod musste aus der SVP austreten.

Propaganda-Material im Zivilschutzlokal von Fully eingelagert!

Bei Gex-Collet, Leiggenger und weiteren Angeklagten führte die Polizei mehrere Hausdurchsuchungen durch. Leiggenger landete sogar für zwei Tage in der Untersuchungshaft. Bei den Razzien wurden laut Anklage diverse Waffen gefunden und eingezogen. Laut Staatsanwalt Ferdinand Schaller handelt es sich *«nicht um Chorknaben, sondern um Mitglieder einer bewaffneten Bande»*. Zudem wurde bei den Razzien *«umfangreiches, rassistisches Propagandamaterial»* beschlagnahmt. Der «Blood & Honour»-Mann Leiggenger lagerte das Propagandamaterial pikanterweise im Zivilschutzlokal der Gemeinde Fully im Unterwallis! Am Neonazi-Konzert in Gamsen

spielten sechs Neonazi-Bands, darunter die berühmte Deutsche Band «Sleipnir», welche mehreren Angeklagten vorher schon bekannt war. Die erste CD «Mein Kamerad» von «Sleipnir» wurde 1996 nach dem Erscheinen beschlagnahmt und schlussendlich auf den Index gestellt. Das Amtsgericht von Ulm kam zum Schluss: Die Lieder von «Sleipnir» hetzten *«in menschenverachtender Weise gegen Ausländer, indem sie zu Parasiten herabgewürdigt werden, die kein Recht hätten in Deutschland zu leben.»*

Ein Angeklagter konnte das Lachen nicht mehr zurückhalten

Die Schweizer Band «Amok» spielte in Gamsen das rassistische «Blutlied», in dem es heisst: *«Wetzt die langen Mes-*

ser auf dem Bürgersteig, lass die Messer flutschen im Judenleib. Blut muss fliessen, knüppelha-geldick und wir scheissen auf die Freiheit der Judenrepublik». Die vier Mitglieder der Schweizer Band «Amok», welche das Blutlied in Gamsen spielte, wurden im letzten Herbst von der Polizei enttarnt. Sie hatten ein Lied veröffentlicht, das den Luzerner Journalisten Hans Stutz mit dem Tod bedroht. In dieser Sache läuft zur Zeit ein Strafverfahren. Die Band ist mit der Gewaltszene von «Blood & Honour» eng vernetzt. Zwei Mitglieder wurden nach einer Schlägerei in Glarus rechtskräftig verurteilt. Bei einer Hausdurchsuchung wurden Waffen sichergestellt. Ein Bandmitglied war auch während des Neonazi-Prozesses in Brig im Gerichtssaal anwesend.

Das «Blutlied» ist eindeutig rassendiskriminierend und illegal, deshalb distanzieren sich alle Angeklagten bis auf Jonathan Leiggenger davon. Die Sache war fast zu gut einstudiert. Glaubwürdig waren die Aussagen der Hauptangeklagten nicht. Dies machte das Verhalten eines Angeklagten urplötzlich deutlich. Er höre am liebsten *«patriotische Lieder zur Beschönigung der Heimat»*. Das Blutlied hingegen finde er nicht gut. Dabei entlarvte er sich selbst. Er konnte das Lachen nicht mehr zurückhalten. Als Bezirksrichter Philipp Nöpfler ihn fragte: *«Warum lachen Sie?»* antwortete er: *«Ich lache nicht!»*

Polizei, Untersuchung und Anklage: Handzahn gegen Rechtsextreme!

VON KURT MARTI

Schon die Anklageschrift von Staatsanwaltschaft Ferdinand Schaller beginnt mit einem freudschen Verschreiber: «Gracy Palace» statt «Crazy Palace». Schaller und die Untersuchungsrichterin Fabienne Jelk haben es der Verteidigung sehr einfach gemacht. Im Namen der Angeklagten bedankte sich der Verteidiger Valentin Landmann für den *«fairen Prozess»*. Auch der Hauptorganisator des Neonazi-Konzertes war voll des Lobes für die Walliser Polizei: *«Wir waren sehr kooperativ zur Polizei und sie gegenüber uns auch.»*

Am 17. September 2005 um 16.00 Uhr war die Kantonspolizei am Veranstaltungsort beim «Crazy Palace». Das Konzert begann erst vier Stunden später. Zeit genug also, um das unbewilligte Neonazi-Konzert zu verhindern. Das Bundesamt für Polizei hatte die Kantonspolizei bereits am Vormittag vorgewarnt. Nicht weil ein Konzert

von Hansrüedi stattfand, sondern ein Propaganda-Gedenkkonzert für den international bekannten Rassisten und Neonazi Ian Stuart Donaldson (1957-1993). Die Polizei, welche sonst harmlose Kiffer erbarmungslos filzt, kooperierte gut mit den Neonazis und verzichtete freundlicherweise auf Kontrollen im Innern des Crazy Palace. Die Neonazis erklärten das Konzert zum privaten Anlass und die Polizei schloss sich dieser Meinung an. Im Widerspruch zur bundesgerichtlichen Rechtsprechung. Service Public für die braune Szene!

Auch die Untersuchungsrichterin Fabienne Jelk setzte den handzahmen Kurs gegen die Neonazis fort: Die mutmasslichen Haupttäter wurden aus den Ermittlungen völlig ausgeklammert. Die Mitglieder der Neonazi-Band «Amok», welche das rassistische und staatsfeindliche «Blutlied» laut Rundschau des Schweizer Fernsehens gesungen hatten, sassen nicht auf der Anklagebank. Bereits eine Woche nach dem Neonazi-

Konzert hatte die Rundschau den Namen der Band «Amok» genannt und der Rechtsextremismus-Experte Hans Stutz doppelte in der Wochenzeitung (WOZ) nach. Schliesslich machte die RA-Redaktion im Januar 2008 die Untersuchungsrichterin telefonisch auf die Band «Amok» aufmerksam. Ohne Erfolg!

Auch Staatsanwalt Schaller gab sich auffallend zahm. Die Anklage war schwach und mangelhaft. In diesem Punkt muss man der Verteidigung Recht geben. Zudem ist in der Anklageschrift von *«umfangreichem rassistischen Propagandamaterial»* die Rede. Über den Inhalt dieser Schriften und CDs schwieg sich Staatsanwalt Schaller aus. Ebenfalls nichts Näheres erfuhr man über die eingezogenen Waffen. Am Schluss der Gerichtsverhandlung zog Staatsanwalt Schaller den Kopf ein und verzichtete gar auf eine Replik. Das Urteil des Bezirksgerichtes Brig fällt Ende Februar.

Liebe Wählerinnen und Wähler

Denken Sie an die Zukunft des Oberwallis.

Und somit an die Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen der SP, JUSOO, Grüne und Gewerkschafter

SP

JUSOO

**GRÜNE
LES VERTS**

Bezirk Östlich Raron Liste Nr. 3



Sie kandidierten in Östlich Raron für den Grossrat: Jonathan König und Brigitte Wolf.

Gerade in Zeiten der Bankenpleiten und der Rezession stehen die Kandidatinnen und Kandidaten der Linken ein für ein soziales Oberwallis, bessere Löhne und eine starke AHV. Dank Wasserkraft, Sonne und Wind kann das Wallis den ökologischen Umbau schaffen. Am 1. März ist Zahltag. Es werden nicht nur die Taten und Ideen bewertet, sondern die Listen und Stimmen gezählt. Alle Kandidatinnen und Kandidaten der SP, JUSOO, Grüne und Gewerkschafter haben Ihre Stimme verdient.

Bezirk Brig Liste Nr. 1



Die Grossratskandidatinnen und -kandidaten:

(v.l.n.r.) Teresa Stoffel Jossen, Bernhard Imhof, German Eyer, Doris Schmidhalter-Näfen, Sepp Näpfl, Gabriela Aron

Die drei konkreten und realistischen Ziele der Oberwalliser Linken

1. Mit mindestens einem Sitzgewinn will die SPO zusammen mit den JUSOO und den Grünen wieder Fraktionsstärke im Grossen Rat erreichen.
2. Mit der erfahrenen und kompetenten Esther Waeber-Kalbermatten kann die Linke den Oberwallisersitz im Staatsrat verteidigen.
3. Und drittens damit dafür sorgen, dass endlich eine Frau in die Walliser Regierung einzieht.



Die Suppleantinnen und Suppleanten:

(v.l.n.r.) Christian Walden, David Gundi, Martina Millius, Leander Eyer, Laura Kronig, Dominik Luggen



Und auf jede Staatsratsliste

Esther Waeber-Kalbermatten und Marylène Volpi Fournier



Bezirk Visp Liste Nr. 2



Die Grossratskandidatinnen und -kandidaten:

(v.l.n.r.) Stephan Furrer, Robert Sarbach, Helena Mooser Theler, Patrick Zehner, Marc Kalbermatter



Die Suppleantinnen und Suppleanten:

(v.l.n.r.) Simon Aufderreggen, Gilbert Truffer, Barbara Wyer-Karlen, Rolf Eggel

Bezirk Westlich Raron Liste Nr. 2



Sie kandidieren in Westlich Raron für den Grossrat (v.l.):

Christian Nellen, Marlise Chanton-Bichsel, Christa Furrer-Treyer, Adrian Rieder und Frederik Schmid.

Bezirk Leuk Liste Nr. 2



Die Grossrats- und Suppleantenkandidaten:

(v.l.n.r.) Gaston Oggier, Reinhold Schnyder, Peter Kälin, Norbert Minnig

4 x konkrete linke Politik

Tourismussteuer-Referendum

Die SP Oberwallis hat als erste Partei das Referendum gegen das missglückte Tourismusgesetz angekündigt und auch ergriffen. Seit Weihnachten läuft die Unterschriftensammlung gegen das unsoziale, undemokratische und unnütze Gesetz. Wer will, dass das Volk darüber abstimmen kann, muss jetzt das Referendum unterschreiben. Unterschriftenbögen gibt's auf: www.spoberwallis.ch

Mindestlohn-Initiative

Am 16. Januar lancierten SP, Gewerkschaften und Grüne im Oberwallis die Unterschriftensammlung für die kantonale Volksinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn im Wallis von 3500 Franken brutto im Monat. 26 000 Lohnabhängige würde davon profitieren. Arm trotz Vollzeitarbeit – das darf nicht sein! Unterschreiben Sie die Initiative.

Unterschriftenbögen gibt's auf: www.spoberwallis.ch

Hochspannungs-Petition

Die Grüne Partei Oberwallis hat im November eine Petition gegen den Bau einer neuen Hochspannungsleitung zwischen Chamoson – Chippis – Mörel – Ulrichen lanciert. Die Erdverlegung wird zu Recht gefordert, denn wir dürfen nicht die letzten Dummen sein, die noch eine Hochspannungsleitung bauen.

Petitionsbögen gibts auf: www.umwelt-oberwallis.ch

Rentenklau-Referendum

Schon zum zweiten Mal will das eidg. Parlament die Renten der 2. Säule kürzen. Mit der Senkung des BVG-Umwandlungssatzes, der für die Berechnung der Altersrente massgebend ist, würden die Renten bis 2015 um mehr als 10 Prozent sinken. Gewerkschaften und SP haben das Referendum gegen den Rentenklau ergriffen. Mehr Infos und Unterschriften gibt's auf:

www.unia.ch/rentenklau

Die Sanität Oberwallis AG schaffte im Jahr 2007 ein neues Notarztfahrzeug an

Seit 2007 stand der sportliche Subaru mehrheitlich im Schaufenster

VISP – Im Jahr 2007 schaffte die Sanität Oberwallis AG ein neues Notarztfahrzeug an. Seither wird der sportliche Subaru nur als zweites Notarztfahrzeug genutzt und stand bis zur RA-Recherche mehrheitlich im Schaufenster der Garage von Garagist Bruno Zerbuben an der Kantonsstrasse 67 in Visp. Inzwischen wurde der Subaru aus dem Schaufenster entfernt und soll im Laufe des Frühlings seiner eigentlichen Zweckbestimmung zugeführt werden.

(ktm) Im Jahr 2007 schaffte die Sanität Oberwallis AG ein neues Notarztfahrzeug an, welches rund 80000 Franken gekostet hat und hauptsächlich vom Kanton finanziert wurde. Wie Insider berichten, stand der sportliche Subaru seither hauptsächlich in der Vitrine der Garage Zerbuben, deren Besitzer Bruno Zerbuben auch Direktor der Sanität Oberwallis ist. Nicht alle hatten daran ihre helle Freude. Wie Zerbuben gegenüber der RA bestätigt, hat sich bei ihm auch ein Chefarzt des Spitalzentrums Oberwallis gemeldet und verlangt, dass das neue Fahrzeug vermehrt zum Einsatz komme. Diese Ein-

mischung in seine geschäftlichen Angelegenheiten weist Zerbuben energisch zurück: «Ich gehe auch nicht ins Spital Visp und sage den Ärzten, wie sie operieren sollen.»

Spitalzentrum Oberwallis verlangte eine Stellungnahme

Laut einer ersten schriftlichen Stellungnahme Zerbubens steht der schöne und teure Subaru im Schaufenster seiner Garage, weil «der Raum geheizt ist und wir keine anderen Parkiermöglichkeiten mehr haben.» Das neue Fahrzeug werde jährlich «vorgeführt» und komme «als zweites Notarztfahrzeug» zum Einsatz.



Der sportliche Subaru im Schaufenster der Garage Zerbuben in Visp: Inzwischen wurde das Fahrzeug entfernt und in Betrieb genommen.

Wieso aber kommt ein mit den neusten Sicherheitsstandards versehenes Fahrzeug nur als Ersatzfahrzeug für ein 17 Jahre altes Fahrzeug zum Einsatz?

Ungeachtet der Tatsache, dass das Fahrzeug von der öffentlichen Hand bezahlt wurde, erklärt Zerbuben keck: «Das ist meine eigene, unternehmerische Entscheidung.»

Auf Verlangen des Spitalzentrums Oberwallis (SZO)

lieferte Zerbuben ein paar Tage später zusätzlich eine Stellungnahme des «Interverbandes für Rettungswesen», welcher sehr begrüsst, «dass die Sanität Oberwallis im Sinne der Sicherheit Ihrer Mitarbeiter ein neues Fahrzeug beschafft und im Laufe des Frühjahrs 2009 in Dienst stellen wird, das dem heutigen Stand der technischen Entwicklung besser entspricht.» Das alte Notarztfahrzeug ist

schon seit 1992 im Verkehr und laut Interverband noch als «Reservefahrzeug» einsetzbar, solange es jährlich vom Strassenverkehrsamt und von der Walliser Rettungsorganisation (KWOR) geprüft und genehmigt werde. Die Meinung des Interverbandes ist deutlich: Das alte Fahrzeug ist das Reservefahrzeug und nicht das neue! Übrigens: Im KWOR-Vorstand sitzt auch Bruno Zerbuben.

Offene Fragen zum Notarzt-Dienst des Spitalzentrums Oberwallis

Spitaldirektor Hugo Burgener nimmt Stellung

RA: Wie kann der Notarzt-Dienst trotz der Reduktion von fünf auf zwei Notärzte noch funktionieren? Sind die zwei verbleibenden Notärzte dadurch nicht überlastet und entsteht dadurch nicht ein Sicherheitsrisiko?

Hugo Burgener: Zur Zeit werden die zwei Notärzte noch zusätzlich von einem Facharzt für Anästhesie und Inhaber

eines Notarzttitels, der auch mit dem Notarztwagen ausfährt, unterstützt. Ab Februar/März stehen zwei weitere mit Erfahrung zur Verfügung und ab April der/die Fünfte. Ein Sicherheitsrisiko bestand bis jetzt nicht, ansonsten werden und würden die verantwortlichen Fachärzte des Departementes Anästhesie und Intensivmedizin rechtzeitig intervenieren.

Wieso wurde diese Notarzlücke nicht durch entsprechende, rechtzeitige Stellenausschreibungen verhindert?

Die Stellenausschreibung ist rechtzeitig erfolgt und zwei Kandidaten angestellt. Leider konnten beide aus familiären Gründen die Stelle kurzfristig nicht antreten.

Stimmt es, dass die beiden verbleibenden Notärzte nicht im Besitz des notwendigen Notarzt-Titels sind? Wenn ja, ist das zulässig?

Unsere Notärzte erfüllen die unter anderem von der Kantonalen Walliser Rettungsorganisation (KWRO) verabschiedeten Kriterien. Dies ist unter anderem eine mehrjährige klinische Erfahrung (inklusive

Anästhesiekenntnisse) und absolvierte Notarstkurse sowie weitgehende Reanimationsmassnahmen-Rettungsausbildung für Erwachsene und Kinder (ACLS und PALS-Kurse). Gemäss der Schweizerischen Gesellschaft für Notarzt und Reanimation (SGNOR) können Notärzte in Ausbildung «ausfahren», falls sie unter Supervision von Fachärzten sind. Unsere Notärzte sind immer unter Supervision von Fachärzten (mit Anästhesie-, Intensiv- und Notarzttiteln), die 24 Stunden rund um die Uhr im Spital anwesend und immer erreichbar sind.

PHILOSOPHIE - AKTUELL:

Der evolutionäre Humanismus fordert das Bio-Ei

Professor Beda M. Stadler und die scharrenden Hühner!

VON KURT MARTI

Professor Beda M. Stadler ist ein Grüner! Das Brennholz für den Ofen seines Ferienhäuschens im Walliser Bergdorf sammelt er selbst im Wald und zerkleinert es mit einer Elektrosäge, geschmiert mit Bio-Öl. Stadler ist auch ein Liebhaber von Trockensteinmauern, wo Eidechsen und wilder Wermut sich wohl fühlen. Damit er jedoch das Brennholz und die Steine transportieren kann, braucht der pfiffige Professor mit Visper Wurzeln einen starken Offroader. Zuhause in Bern fährt er einen alten Cadillac. Und weil der Offroader und der Cadillac viel Benzin saufen und noch mehr CO₂ in die Luft hinauslassen, hält Stadler den Klimawandel logischerweise für ein Produkt der «Protestindustrie».

Uni-Professor Stadler verdient seinen Lohn mit der Medizin, genauer gesagt mit seinem Fachgebiet der Immunologie. Er ist ein glühender Verehrer der Gentechnik und fungiert als Experte der «InterNutrition», einer Lobbyorganisation der Pharma- und Chemiebranche zur Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Deshalb hat er sich auf die Biobauern eingeschossen und bezeichnet den Biolandbau als «mittelalterlichen Blödsinn». Angesichts seines Bekenntnisses zu Trockensteinmauern, zu Eidechsen und wildem Wermut ist das nicht ganz logisch. Jedenfalls sucht man auf den GVO-Plantagen in den USA solche Raritäten vergeblich.

Auf welchen Prinzipien gründet der Daniel Düsentrub seinen unverhüllten Opportunismus? Welches ist seine Bibel, deren Verse und Psalmen er zitiert? Mit welchen Theorien zieht der Don Quichotte ins politische Minenfeld? Stadler gehört zum wissenschaftlichen Beirat der deutschen «Giordano Bruno Stiftung» zur Förderung des evolutionären Humanismus. In diesem Beirat trifft sich die aufklärerische und atheistische Elite der deutschsprachigen Wissenschaft, Philosophie und Kunst. Die Leitlinien des evolutionären Humanismus sind im «Manifest des evolutionären Humanismus» festgehalten, welches im Jahr 2006 erschienen ist (siehe Kasten).

Das Manifest gehört zur «Protestindustrie», wie sie Stadler abschätzig bezeichnet. Es stellt die zunehmende Umweltzerstörung an den Pranger und verlangt einen ökologischen Kurswechsel. Beispielsweise verlangt das Manifest einen Preis für die Luft, welche bis jetzt noch weitgehend kostenlos genutzt werden kann. Die Leute müssen «ein eigennütziges Interesse entwickeln, die ökologischen Rucksäcke ihrer Produkte zu reduzieren, so dass künftige Generationen weniger stark unter den Negativfolgen externer

Effekte zu leiden haben.» Wenn die Menschheit bei der Lösung der ökologischen und sozialen Probleme versage, dann wird dies laut Manifest «wahrscheinlich katastrophale Folgen haben.» Es wird zu Resignation und Aggression unter den Menschen führen. Immer mehr Menschen werden neue gesellschaftliche Spielregeln fordern. Doch es ist «zu befürchten, dass diese Spielregeln keine humanistisch-aufklärerischen, sondern vielmehr fundamentalistische sein werden.»

Auch die biologische Landwirtschaft wird im Manifest angepriesen. Das Bio-Huhn und das Bio-Ei sind dort überhaupt kein «mittelalterlicher Blödsinn», sondern ein ethischer Imperativ! Aufgrund wissenschaftlicher Studien wird im Manifest festgehalten, dass die Legehennen «ein ungewöhnlich intensives Interesse daran haben, scharren zu dürfen». Etwa so wie Professor Beda M. Stadler ein intensives Interesse an der Provokation hat. Das Manifest beschreibt die «ungeheuren Frustrationen und Qualen» der Hennen in den industriellen Legebatterien und kommt unmissverständlich zum Schluss: «Müssten wir aus ethischen Gesichtspunkten heraus solche Industrieanlagen nicht konsequent verbieten und für Legehennen ein Recht auf Freilandhaltung einklagen? Selbstverständlich! Das Interesse an einem billig produzierten Ei auf der einen Seite rechtfertigt aus evolutionär-humanistischer Perspektive keineswegs die Qualen auf der anderen Seite.»

Im Beirat der Stiftung sind einige, hochkarätige Philosophen und Ethiker vertreten, welche an den hemdsärmlichen Formulierungen von Stadler keine Freude haben dürften. So behauptete Stadler letzthin im Kollegium von Brig, Gentechnologie sei nichts anderes als das, was die Natur schon immer tue. Wissenschaftlich gesehen hat Stadler damit Recht, aber auf der



Beda M. Stadler: Wissenschaftlicher Beirat der «Giordano Bruno Stiftung» zur Förderung des evolutionären Humanismus

philosophisch-ethischen Ebene begeht er damit einen peinlichen Anfängerfehler eines Erstsemestrigen: Den sogenannten naturalistischen Fehlschluss! Denn das, was in der Natur gilt, ist noch lange nicht auch ethisch akzeptabel. Das Töten eines Menschen wird nicht dadurch legitimiert, weil die Tiere einander töten.

In einem anderen Thema hingegen hat Stadler völlig Recht. Wer die Gentechnik aus religiösen Gründen ablehnt, das heisst mit dem Verweis auf die Schöpfung, der ist auf dem Holzweg. Denn die Schöpfung gibt es nicht. Es gibt hingegen genügend rationale Gründe, die Gentechnik abzulehnen, ohne sich auf Gottes Schöpfung zu berufen. Ein guter Grund wäre der wilde Wermut, der im Feriendomizil von Stadler immer noch wächst.



Die zehn Gebote des evolutionären Humanismus

1. Diene weder fremden noch heimischen «Göttern»
2. Verhalte dich fair gegenüber deinem Nächsten und deinem Fernsten!
3. Habe keine Angst vor Autoritäten; bediene dich deines eigenen Verstandes!
4. Du sollst nicht lügen, betrügen, stehlen, töten – es sei denn, es gibt im Notfall keine anderen Möglichkeiten, die Ideale der Humanität durchzusetzen!
5. Befreie dich von der Unart des Moralisieren!
6. Immunisiere dich nicht gegen Kritik!
7. Sei dir deiner Sache nicht allzu sicher!
8. Überwinde die Neigung zur Traditionsblindheit!
9. Geniesse dein Leben, denn dir ist höchstwahrscheinlich nur dieses eine gegeben!
10. Stelle dein Leben in den Dienst einer «grösseren Sache»!

DICKE EIER:

Graziella Walker Salzmann: Reif für den Walliser Staatsrat

Staatsratskandidatin Graziella Walker Salzmann hat das Zeug für den Walliser Staatsrat: Brenzlige Fragen beantwortet sie nicht oder sie lässt zuerst die anderen darauf antworten oder sie sagt aus taktischer Sicht «Ja» zu etwas, obwohl sie aus finanzieller Sicht dagegen sein müsste. Die Frage der RA zu den horrenden WKB-Honoraren liess sie unbeantwortet, weil die CSPO damit keine Probleme hat. Die Frage, ob sie für oder gegen das Tourismusgesetz sei, parierte sie mit dem Wunsch, dass zuerst die anderen PodiumsteilnehmerInnen dazu etwas sagen sollen. Und das Tourismusgesetz hat sie zusammen mit der CSPO befürwortet, obwohl sie sämtliche finanziellen Gegenargumente im Grossen Rat auftischte. Chapeau!

Olympische Agenda 21: Ladenhüter seit einem Jahrzehnt

Wer erinnert sich noch? Vor zehn Jahren lag das Wallis im Olympia-Fieber. Um die Olympiade 2006 ins Wallis zu holen, hätte der Staatsrat und der Grosse Rat fast alles unterschrieben, was man ihm vorlegte. 1998 verabschiedete der Grosse Rat gross-spurig eine dünnfädige «Charta der nachhaltigen Entwicklung». Anfang 2000 begann die «Stiftung Sion 2006» unter dem Präsidium von Gabrielle Nanchen mit den Basteleien an einer Agenda 21. Ein dilettantisches Unterfangen. Die RA forderte im Herbst 2000: «Übung abbrechen!» Der erste Entwurf der Agenda 21 war eine brave Zusammenfassung von Verwaltungsberichten. Als die Olympiade nach

Turin ging, war die Luft draussen. Die OlympianikInnen hatten sich verkrochen. Wenige Wochen vor den Staatsratswahlen und dem Rücktritt dreier Staatsräte, taucht nun plötzlich die Agenda 21 auf. Wie aus einer anderen Zeit.

Thomas Gsponer: Eintauchen in den Jungbrunnen

Wer erinnert sich noch an Thomas Gsponer? Der neoliberale Söldner arbeitet heute in der Deutschschweiz, nachdem ihn die CSPO vor Jahren ziemlich ruppig vor die Türe setzte. Er hatte ein Mü zuviel auf den Wirtschaftsverband economie-suisse gesetzt. Inzwischen ist Gsponer 50 Jahre alt geworden und der Dreitage-Bart ist schon tüchtig angegraut. Für Gsponer kein Grund, um nicht in den Jungbrunnen einzutauchen. Er ist nämlich seit kurzem Präsident des Vereins «Jugend und Wirtschaft».

Wirtschaftsförderung: Im Zeichen der CVPO

Wer hatte je einmal den Überblick über die Wirtschaftsförderung? Seit Jahrzehnten haben die Wirtschaftsförderer vor allem sich selbst gefördert. Alle fünf Jahre setzte der Grosse Rat zu einem grossen Aufräumen an, ohne dass etwas änderte. Doch mit der Gründung des Regions- und Wirtschaftszentrums (RWO) hat sich zumindest eines verbessert: Die Übersicht! Der Geschäftsleiter Roger Michlig ist der jetzige CVPO-Präsident und der RWO-Präsident ist der frühere CVPO-Präsident Richard Kalbermatter. Würde Michlig das CVPO-Präsidium weiter behalten, wäre die volle Transparenz gegeben.

ZI-TÄTER:

«Der Tanz um das goldene Kalb kannte keine Grenzen. Dieses Bild aus der Bibel hat seine Gültigkeit wiedererlangt.»

CVPO-Staatsrat Jean-Michel Cina

Rote Anneliese: *Der biblische Kälbertanz hatte bereits im Jahre 2002 seine Gültigkeit, als Jean-Michel Cina im Verwaltungsrat einer Firma auftauchte, welche auf den Cayman Islands die Steuern optimierte. Damals hielt Cina dies noch für «voll legal» und «rechtlich und ethisch okay».*

«Volkswirtschaftlich macht es absolut keinen Sinn, wenn die Walliser Energie ausverkauft wird. Dass von einem Verkauf unseres Wasserkraftpotentials an ausländische Gesellschaften grundsätzlich abgesehen wird, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.»

Energiestrategie der CSP Oberwallis

Rote Anneliese: *Im konkreten Fall kann von diesem Grundsatz abgewichen werden, wenn die CSPO lukrative Verwaltungsratssitze einsacken kann, beispielsweise mit Wilhelm Schnyder und René Imoberdorf beim Verkauf der EnAlpin an die Deutschen und Franzosen.*

«Dank Grossrat Diego Clausen bleibt der SBB-Billettpreis durch den NEAT-Basistunnel gleich teuer wie über die Bergstrecke. Ebenso setzte er den Ausbau der ersten und letzten Zugverbindung durch den NEAT-Basistunnel durch.»

CSP Naters

Rote Anneliese: *Clausen gehört bereits nach einer Legislatur zu den einflussreichsten und mächtigsten Politikern der Schweiz.*

LehrerInnenpensionskasse gegen WKB

Keine Schadenersatzklage seit drei Jahren!

Pensionskassen-Skandal



**WKB schaltete den
Alarm aus**

Seite 4

RA Nr. 186 vom Februar 2005: WKB-interne Warnungen wurden von der Direktion in den Wind geschlagen.

(ktm) Die Verantwortlichen der LehrerInnenpensionskasse (RVKL) liessen ein 270000 Franken teures Gutachten erstellen, um den Schadenersatz gegenüber der WKB geltend zu machen. Bekanntlich hatte ein WKB-Mitarbeiter rund 18 Millionen der Lehrerpensionskasse in den Sand gesetzt. Wie RA-Recherchen (RA Nr. 183 und Nr. 186) aufdeckten, hatte die WKB-Direktion interne Warnungen in den Wind geschlagen und dem riskanten WKB-Mitarbeiter, der sich vor kurzem das Leben nahm, zum Abgang noch ein formidables Zeugnis ausgestellt. Das RVKL-Gutachten liegt bereits seit drei

Jahren vor und es stellt sich die Frage, was hier eigentlich gespielt wird? Auf Anfrage erklärte die neue RVKL-Präsidentin Helga Koppenburg-Emery, dass die RVKL noch immer keine zivilrechtliche Schadenersatzklage gegen die WKB eingereicht hat. Demnächst seien Gespräche mit der WKB-Spitze geplant: «Wir setzten auf eine aussergerichtliche Lösung.»

Wer hat Angst vor Ermittlungen?

Dazu stellen sich ein paar brisante Fragen: Wieso ist man in drei Jahren noch zu keiner aussergerichtlichen Lösung gekommen? Wer verhindert eine

solche Lösung? Wieso erklärt sich die WKB nicht freiwillig bereit, den finanziellen Schaden endlich zu begleichen? Soll die Zeche am Ende durch die SteuerzahlerInnen beglichen werden? Wieso haben die RVKL-Verantwortlichen noch immer nicht den Rechtsweg beschritten? Wer hat Angst vor einer Schadenersatzklage und den entsprechenden Ermittlungen? Wieso greift der Staatsrat im Interesse der SteuerzahlerInnen und der Lehrpersonen nicht ein? Wird diese Affäre stillschweigend unter den Tisch gewischt, weil die ehemaligen Verantwortlichen kein Interesse an den neugierigen Fragen der Richter haben?

WUSSTEN SIE SCHON, DASS...

... der Hotelier und frühere Tourismus-Präsident Jürg Biner in Zermatt aufräumen will?



Stürmische Zeiten am und unter dem Matterhorn

Seit Anfang Dezember letzten Jahres kursieren in Zermatt massive Vorwürfe, welche der Hotelier Jürg Biner per Mail an die Zermatter Verantwortungsträger richtet. «Aufgeräumt muss sein!» ist sein

Leitspruch. Am Pranger stehen Gemeindepäsident Christoph Bürgin, Bürgerpräsident Andreas Biner und MGB-Präsident Daniel Lauber. Jürg Biner wirft der Gemeinde Zermatt, insbesondere dem Gemeindepräsidenten Bürgin, eine ganze Reihe von angeblichen Verstössen gegen die Bauvorschriften vor. Auf Anfrage wollte Präsident Bürgin zu den Vorwürfen aufgrund des Daten- und Personenschutzes nicht Stellung nehmen. In einem Schreiben hat er Jürg Biner geraten, «eine Aufsichtsbeschwerde beim Kanton oder eine Strafklage beim Untersuchungsrichteramt einzureichen.» Die Gemeinde ihrerseits will gegen den aufmüpfigen Hotelier juristisch vorgehen. Wie einem Mail von Jürg Biner zu entnehmen ist, hat auch Daniel Lauber bereits den Rechtsweg beschritten. Die RA wird den Hauptvorwürfen auf den Grund gehen und darüber, falls sich die Vorwürfe erhärten, in der nächsten Ausgabe berichten.

... die Grünen in Süddeutschland mit einem Öko-Beitrag bald die Zerstörung des Geren- und Gonerlibach fördern dürfen?



EDH-Führungstrio mit René Dirren, Hans Kuntzemüller und Martin Steiger

Die EnAlpin, welche im Besitz der Franzosen und Deutschen ist, will die Bäche im Geren- und Gonerlital für die Stromproduktion turbinieren. Zwei der letzten frei fliessenden Bergbäche im Wallis würden in dunklen Stollen verschwinden, und zwar dank der Öko-Subventionen aus der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV). Aber auch

die umweltbewussten StromkundInnen dürfen ihren ganz persönlichen Beitrag zur Zerstörung der beiden Bäche liefern. Die EnAlpin hat bekanntlich mit der Energie Dienst Holding (EDH) fusioniert. Auf der Internetseite preist die EDH das Stromprodukt «NaturEnergie Gold» an, für das die StromkundInnen in Süddeutschland einen Aufpreis von 3,8 Rp./kWh bezahlen dürfen. Die Bach- und Flussläufe im Kanton Wallis werden zum grössten Teil für die Stromproduktion genutzt. Die Restwassermengen entsprechen fast nirgends den gesetzlichen Vorschriften des Gewässerschutzgesetzes, welches im Jahr 1992 vom Volk angenommen wurde. Zudem produziert der Kanton Wallis rund einen Sechstel des gesamten Stromverbrauchs der Schweiz. Oberste Priorität haben nicht neue Wasserkraftwerke, sondern die gerechte Wertschöpfung aus den bestehenden Kraftwerken. Zudem muss diese Wertschöpfung im Sinne eines interkommunalen Finanzausgleichs gerechter auf alle Gemeinden verteilt werden.

BUCHBESPRECHUNG:



Verlag: Diogenes
ISBN: 978-3-257-06658-6
Preis: Fr. 35.90 (gebunden)

Woran glaubt ein Atheist? Von André Comte-Sponville

André Comte-Sponville wurde 1952 in Paris geboren. Der ehemalige Professor für Philosophie an der Sorbonne widmet sich seit 1998 ausschliesslich dem Schreiben. Mit seinem neuen Buch «Woran glaubt ein Atheist?» zeigt der Autor Gedankenwege zu einer Spiritualität ohne Gott, Dogmen und Kirche auf. Anlass zu diesem Buch war unter anderem die Wiederkehr der Religionen, welche der Autor mit Besorgnis beobachtete; zum einen in den muslimischen Ländern, zum anderen im Westen, welcher trotz der Aufklärung gegen dieses Phänomen nicht gewappnet zu sein scheint.

Der Autor beginnt mit einem ausführlichen Überblick über die religionsphilosophischen Ansichten von Kant, Horvaz und Montaigne, Thomas von Aquin und Nietzsche. In einer für philosophische Laien verständlichen Form stellt er Gottesglaube und Atheismus gegenüber. Laut Comte-Sponville macht der Glaube an Gott die Menschen nicht glücklich, im Gegenteil: Er hindert sie daran! Der Gläubige hofft auf das ewige Glück im Jenseits und vergisst das Diesseits. Comte-Sponville verweist auf den Philosophen Spinoza, welcher sagte: «Nur der Hoffnungslose ist glücklich, denn die Hoffnung ist die grösste Qual und die Verzweiflung ist das grösste Glück.» Und von Woody Allen stammt der Satz: «Was wäre ich glücklich, wenn ich glücklich wäre?»

Aber auch der Atheist wird auf sich selbst zurückgeworfen. Atheismus und Glaube führen beide ins Absurde. Die Wahrheit liegt im Abgrund und der Abgrund ist bodenlos. Einstein wurde gefragt, ob er an Gott glaube? Seine Antwort lautete: «Erklären sie mir, was Sie unter Gott verstehen und ich sage Ihnen, ob ich daran glaube.» Comte-Sponville fordert mit seinem Buch die LeserInnen heraus und konfrontiert sie mit Widersprüchen. Am Schluss macht Comte-Sponville einen gewagten Sprung in eine Spiritualität ohne Gott. Auf den Spuren des britischen Evolutionstheoretikers Charles Darwin und des östlichen Mystikers Jiddu Krishnamurti.

Marie-Theres Kämpfen

Walter Matthias Diggelmann: Ein engagierter und

Diggelmann gehörte in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren zu den erfolgreichsten und profiliertesten Stimmen der Schweizer Literatur. Sein Ruf als engagierter Schriftsteller gründete vor allem auf seinen Zeitungs-Kolumnen und auf seinen Romanen, die er oft aus politischen Ereignissen heraus entwickelte. Er liess autobiographische Erfahrungen in seine Schriften einfließen und wurde als Geschichtenerzähler und Geschichtensammler zum Kämpfer für all jene, die selber keine Stimme hatten. Diggelmanns Werk umfasst zehn Romane, drei Jugendbücher, mehrere Erzählbände, zahlreiche Hörspiele, Filmszenarien, Theaterstücke und Fernsehspiele, Reportagen, Tagebücher und Gedichte sowie unzählige Kolumnen.

VON HILAR EGCEL

Werkausgabe

Hrsg. v. Klara Obermüller in der Edition 8, Zürich: 6 Bände

- Geschichten um Abel und ausgewählte frühe Erzählungen, 2000, Bd. 1
- Der falsche Zug. Erzählungen, Kolumnen, Gedichte, 2001, Bd. 2
- Das Verhör des Harry Wind. Roman, 2002, Bd. 3
- Die Hinterlassenschaft. Roman, 2003, Bd. 4
- Filippinis Garten. Roman / Schatten. Tagebuch einer Krankheit, 2004, Bd. 5
- Da, das bin ich. Selbstzeugnisse und Briefe, 2006, Bd. 6

Als Aussenseiter aufgewachsen...

Walter Matthias Diggelmann wurde am 5. Juli 1927 in Zürich als unehelicher Sohn geboren. Seine Schuljahre verbrachte er in Rhäzüns im Kanton Graubünden. Mit seinem Stiefvater hatte er zahlreiche Auseinandersetzungen, da dieser aus ihm einen Bauern beziehungsweise einen Knecht machen wollte. «*Ich war jedoch von frühester Zeit an*», schrieb Diggelmann in seinem Lebenslauf, «*mit dem Drang nach Selbständigkeit und Freiheit beseelt. In der Schule hatte ich immer schöne Erfolge - ich konnte sogar zwei Klassen überspringen. Mit Hilfe von Herrn Pfr. Ragaz in Tamins konnte ich auf die Kantonsschule in Chur. Mein Stiefvater sah jedoch dies nicht gerne und sabotierte mein Studium, wo er nur konnte. Nach einem Jahr verleidete mir das natürlich.*»

Nach dem Abbruch der Oberrealschule in Chur begann er eine Uhrmacherlehre in Zürich, die 1944 wegen eines kleinen Diebstahls mit der Flucht nach Italien endete. Von dort wurde er nach Dresden deportiert. Nach einem gescheiterten Fluchtversuch, war er bis Kriegsende in süddeutschen Gefängnissen inhaftiert. Nach der Rückkehr in die Schweiz 1945 wurde Diggelmann zunächst unter Amtsvormundschaft gestellt, dann für sechs Monate in die Heil- und Pflegeanstalt Rheinau eingewiesen. Diese Erfahrungen prägten ihn derart, dass er sich seither als Aussenseiter verstand, der seine Existenz rechtfertigen und seine Eigenart verteidigen musste. Er fing an, Briefe zu schreiben, in denen er versuchte, sich seiner Umwelt verständlich zu machen. Briefe waren gewissermassen Ausgangspunkt und Keimzelle seines späteren literarischen Schaffens.

...wird er zum Fürsprecher für die Mutlosen, Entrechteten

Nach seiner Entlassung unternahm er autodidaktische Studien und machte seine ersten schriftstellerischen Versuche. Obwohl er als «Schwieriger» mit Schwierigkeiten zu rechnen hatte, schlich er sich nicht aus der Verantwortung. «*Schliesslich gehöre ich auch zu dieser Gesellschaft und trage mit an der Verantwortung dieser Gesellschaft*», hielt er trotz in seinen Erinnerungen fest, «*auch ich habe Schuld. Ich habe mich nie ausgenommen, wenn ich*

unsere Gesellschaft, meine Mitmenschen kritisiert habe. Und dann habe ich ja dafür, dass ich kritisiert habe, auch reichlich Kritik, oft sehr böse, einstecken müssen.» Autobiographische Erlebnisse liess er in seine Bücher einfließen und wurde so als Geschichtenerzähler und Geschichtensammler zum Kämpfer für jene, die selber keine Stimme haben. Bis ans Ende seines Lebens engagierte er sich für Bedrängte und gegen autoritäre Tyrannen: «*Aber wenn einer eben zu Angst statt zu Mut erzogen wird, bleibt er mutlos und ängstlich, und weil er mutlos ist, können andere mit ihm umspringen, gerade wie sie es mögen. Und da braucht es halt schon einige Mitbürger, die sich für die, die Angst haben, sich gegen Ungerechtigkeiten zur Wehr zu setzen, stark machen, einige, die für die Schwächeren - und der Mutlose ist schwach - auf die Barrikaden gehen.*» Diese Einstellung war Credo und Triebkraft seines schriftstellerischen Schaffens.

Ordnung ins Chaos bringen

Das Schreiben war für Diggelmann nicht einfach eine Form der geistigen und seelischen Selbstbefriedigung, sondern es war für ihn die Möglichkeit, Ordnung in sein Geistes- und Gefühlsleben zu bringen, dem Chaos entgegenzuwirken und innerhalb der Gesellschaft bestehen zu können. Immer intensiver richtete er sein Arbeiten auf seine Umwelt aus. «*Das Schreiben ist Ordnen*», erklärte er, «*indem ich schreibe, ordne ich die auf mich einstürzenden Erlebnisse und Erfahrungen, indem ich schreibe, setze ich dem brodelnden Chaos Grenzen, ich dämme freiwerdende Energien ein. Das war 1945 so, und es wird immer so bleiben. Einen Unterschied zwischen damals und heute erkenne ich nur darin, dass ich älter geworden bin, andere Probleme habe, und dass mich die eigene Person weniger interessiert als die allgemeingültigen Probleme, denen wir hier ausgesetzt sind... Wenn ich eine Arbeit beendet habe, dann habe ich Ordnung geschafft.*»

Vermischung von Werbung und Politik

Mit dem Roman «*Das Verhör des Harry Wind*» wurde Diggelmann schlagartig auch über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Brisant und hoch aktuell war nicht nur das Thema des Buches, sondern auch der Stil: ein karger, stark dokumentarisch geprägter Realismus war neu und traf offensichtlich den Geschmack

politischer Schriftsteller

der Leserschaft. Der Stoff zu diesem Roman entstammte der persönlichen Erfahrung. Als Texter in der Werbeagentur von Rudolf Farner hatte er die damals brandneuen Methoden der politischen Public-Relations kennengelernt. Schockiert stellte er fest, wie leicht sich Stimmungen instrumentalisieren und Meinungen manipulieren lassen. Zornig setzte er sich Methoden entgegen, die Werbung und Politik vermischten und Politik in PR-Aktionen auflösten.

Hetzjagd gegen Andersdenkende

Keines seiner Bücher lag Diggelmann mehr am Herzen als der Roman «Die Hinterlassenschaft». Darin beschreibt er, wie man nach dem Ungarn-Aufstand mit der Familie des bekennenden Kom-

munisten und PdA-Mitglieds Konrad Farner umgesprungen war. Er erkannte sehr bald, was politisch Andersdenkende zu gewärtigen hatten.

In halb dokumentarischer, halb fiktiver Form zeigte er auf, wer die Hintermänner der Aktion waren und aus welchem politischen Umfeld sie stammten. Er musste sich für die Veröffentlichung des Romans einen deutschen Verlag suchen und galt fortan als einer jener Linken, die man von bürgerlicher Seite über Jahre hinweg mundtot zu machen versuchte. Im Roman sind all die Themen ausgebreitet, die ihn ein Leben lang beschäftigten: Solidarität mit den Bedrängten, Engagement für die Verleumdeten, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Suche nach der eigenen Identität.

Der Tod als Bettler

Geschichten erzählte Diggelmann auch dann noch, als er todkrank im Krankenhaus lag. Ein Gehirntumor beeinträchtigte seine Motorik so stark, dass er nicht mehr schreiben konnte. Er bat um ein Diktiergerät, dem er seine Gedanken anvertrauen konnte. Im Buch «Schatten. Tagebuch einer Krankheit» hielt er fest, was ihm in den langen Tagen und noch längeren Nächten im Spital durch den Kopf ging. Er schrieb wie er früher geschrieben hatte. Er überprüfte sein Leben in Geschichten. Er umstellte sich mit neuen und alten Geschichten: gegen den Tod. Er ahnte die an ein Ende gehende Geschichte. Und in dieser letzten Geschichte sah er den Tod als Bettler. Welche Grösse spiegelt sich in den Worten: *«Ich komme zwar jetzt als Tod zu dir, hülle dich in die Gewänder der Trauer. Komm mir entgegen, gib mir als Geschenk deine reichen Gewänder des Lebens, denn ich bin arm, ein Bettler nur. Komm mir entgegen. Schenk Liebe dem armseligen Tod, der in den frostigen Nächten des vorweihnachtlichen Novembers nichts mehr sucht als Obdach, Wärme und Liebe. Gib ihm, was er dir als Leben gegeben hat, zurück. Du schenkst es nicht mir, du schenkst es dir. Du wirst erkennen: Nicht Tod pocht an dein Fenster, sondern verwandeltes Leben.»*

«Ich bin hier in der Schweiz nicht nur mit den Ärmsten der Armen in Berührung gekommen, sondern auch mit reichen und erfolgreichen Mitbürgern. Ich kenne die Misere und die Angst der Armen und auf der anderen Seite den Überfluss und die Arroganz der Reichen und Superreichen. Ist es da noch eine Frage, auf welcher Ebene mein Engagement beheimatet ist?»
(Diggelmann über Diggelmann)

Der Geschichtenerzähler

Am 29. November 1979 ist Walter Matthias Diggelmann im Alter von 52 Jahren an einem Gehirntumor gestorben. Noch in den letzten Monaten seiner tödlichen Krankheit erfand er Geschichten und sprach sie, weil er nicht mehr schreiben konnte, auf Band. *«Ich bin erst tot, wenn ich schweige»*, heisst es in seinen letzten Aufzeichnungen.

Diggelmann hörte nie auf, Geschichten zu schreiben. Sie waren gewissermassen die Triebkraft seines literarischen Schaffens. Die Geschichten, die er sammelte, erfand, erzählte und immer wieder neu schrieb, waren für ihn Krücken, die ihm bei der Suche nach der eigenen Identität und der Identität seines Heimatlandes behilflich waren. Sehr wohl wusste er, dass es die Wahrheit über die Welt und die eigene Identität nicht gibt. Es gibt nur Geschichten, die ihr nahe kommen - die einen mehr, die andern weniger.

Von Dienstverweigerung bis zum Sonderfall Schweiz, von Umweltverschmutzung bis Überfremdung, vom Aufstand der Jugend bis Flüchtlingspolitik, von den Polizeiköpfen bis zu den Eigentumsideologen gibt es kaum ein gesellschaftlich brisantes Thema, zu dem Diggelmann nicht pointiert Stellung bezogen und das in seiner Korrespondenz nicht einen Niederschlag gefunden hätte. Seine kritischen, polemischen und streitbaren Stellungnahmen zu Missständen im schweizerischen Alltag waren stets von einer heiligen Wut getragen, die ihn nicht selten in arge Schwierigkeiten brachten. Diggelmann polemisierte, wurde angefeindet und bezog nicht selten dafür Prügel. An ihm schieden sich schon früh die Geister; an ihm vorbei kam niemand, der sich im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert mit Schweizer Literatur befasste.

Diggelmann ergriff Partei und setzte sich zeitlebens für Benachteiligte, Ausgeschlossene, Zukurzgekommene und zu Unrecht Verurteilte ein. Je erfolgreicher er wurde, desto intensiver erhob er die Stimme für jene, die sich selber nicht wehren konnten. In seine Geschichten flossen oft Begebenheiten ein, die ihm wildfremde Menschen am Wirtshaustisch, in Briefen, Begegnungen und Gesprächen zugetragen hatten. Geschichten lagen für ihn auf der Strasse. Er hob sie auf und machte sie sich zu eigen. So gesehen war Diggelmann weniger ein Geschichtenerfinder als vielmehr ein Geschichtensammler.



AGENDA: Wohin frau/man geht...

Inns Obergoms

Freitag, 6. März, 19.00 Uhr
Hochspannungsleitung durchs Goms
 Mehrzweckhalle Glurigen

Podiumsteilnehmer:

- Thomas Burgener
- Heini Glauser
- Christian Brunner (angefragt)

Kellertheater Brig

www.kellertheater.ch

Freitag, 6. März, 20.30 Uhr
Mich Gerber
 Berner Klangmagier

Samstag, 7. März, 20.30 Uhr
«Nacht Mutter...»
 Theater von Marsha Norman

Mittwoch, 18. März, 20.30 Uhr
Swiss Miss
 Extravaganza im Kellertheater / Konzert

Freitag, 27. März, 20.30 Uhr
Jim Wieder Band
 Projekt Percolator / Konzert

Freitag, 3. April, 20.30 Uhr
Lyambiko
 Safronia – Hommage an Nina Simone

Unwält-Agenda

Informationen unter www.umwelt-oberwallis.ch
 oder Tel. 027 923 61 62

Dienstag, 24. März, 19.00 Uhr
«Generalversammlung OGU»
 Restaurant Simplon in Naters

Sonntag, 29. März
 Bahnhof Raron
«Ornithologisches Frühlingserwachen»
 Exkursion mit Peter Salzgeber

Samstag, 25. April
**«Vögel der Auenwälder und der Felsen-
 steppe im Raum Leuk»**
 Ganztägige Ornithologische Exkursion
 Stephan Armbruster

Samstag, 20. Mai
WWF Klimamüsig-Fäscht 2
 Im Zeughaus Brig-Glis

Nouvelles Oberwallis 2009 Filme von Frauen Kino Capitol Brig

www.nouvelles-oberwallis.ch

Dienstag, 3. März, 18.45 Uhr
«Qué tan lejos»
 Ecuador, 2006 / Regie: Tania Hermida

Dienstag, 3. März, 21.00 Uhr
«Caramel»
 Frankreich/Libanon 2007 / Regie: Nadine Labaki

Dienstag, 10. März, 18.45 Uhr
«XXY»
 Argentinien/Spanien/Frankreich 2007
 Regie: Lucia Puenzo

Dienstag, 10. März, 21.00 Uhr
«Rusalka»
 Russland 2007 / Regie: Anna Melikian

Dienstag, 17. März, 18.45 Uhr
«La Misma Luna»
 Mexiko/USA 2007 / Regie: Patricia Riggen

Dienstag, 17. März, 21.00 Uhr
«Kirschblüten»
 Deutschland 2008 / Regie: Doris Dörrie

Simplonforum

Restaurant Simplon, Naters

Dienstag, 24. Februar, 18.00 Uhr
**Agrotreibstoffe: Klimaschutzlüge
 auf Kosten der Armen**
 Referentin: Tina Goethe

Dienstag, 31. März, 18.00 Uhr
**Neue Trends am Psychiatriezentrum
 Oberwallis (PZO)**
 Referent: Reinhard Waeber

Dienstag, 21. April, 18.00 Uhr
**Autoindustrie und energieeffiziente
 Fahrzeuge?**
 Referent: Daniel Ryhiner

Montag, 25. Mai, 18.00 Uhr
Strahlende Schweiz
 Referentin: Susan Boos

KINO ASTORIA, VISP «Der besondere Film»

www.kino-astoria.ch

Montag, 23. Februar, 20.30 Uhr
Das neue Leben des Herrn Horten
 Von einem, der den Zug verpasst und da-
 durch den Anschluss ans Leben wiederfindet.

Montag, 2. März, 20.30 Uhr
Tandoori Love
 Eine feurige Mischung aus indischer Exotik
 und Schweizer Bergluft!

Montag, 9. März, 20.30 Uhr
Lake Tahoe
 Der stille, parabelartige Film aus Mexiko

Montag, 16. März, 20.30 Uhr
Entre les murs – La classe
 Der Alltag einer Schule in einem
 Problemviertel

Montag, 23. März, 20.30 Uhr
Home
 ... schlicht ein rundum packender Film!

Montag, 30. März, 20.30 Uhr
Le silence de Lorna
 Die Gebrüder Dardenne finden die Mensch-
 lichkeit dort, wo man sie nicht vermutet.

Montag, 6. April, 20.30 Uhr
Vicky Cristina Barcelona
 Der neueste Film von Woody Allen

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
 sozialistischer Politik

55

Demokratie und globale Wirtschaftskrise

Finanzmarkt-Kapitalismus, Wirtschaftsdemokratie,
 öffentlicher Sektor, Verteilungsgerechtigkeit; Gleich-
 berechtigung, Geschlechterdemokratie: Erwerbsar-
 beit und Familie; Postdemokratie, Gewerkschaften;
 Pensionskassen; Zukunft der Demokratie und poli-
 tische Bildung; SVP contra Rechtsstaat

M.R. Krätke, H. Schächli, H.-J. Bontrup, H. Schui,
 W. Spieler, A. Demirović, F.O. Wolf, G. Notz,
 Th. Wüthrich, K. Dörre, W. Hafner, U. Marti,
 S. Da Rin, S. Künzli, M. Spescha

Diskussion

H.-J. Burchard: Die Herausforderung Lateinamerika
 R. Rey: Demokratische Entwicklungen
 B. Ringger: Chávismo und Demokratie in Venezuela
 S. Ben Néfissa: NGO, Staat, Zivilgesellschaft

240 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)
 zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
 Tel./Fax 044 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Neu: Die **Rote Anneliese** ist im Internet: www.roteanneliese.ch

ROTE ANNELIESE
Die kritische Stimme des Oberwallis

ECHO

- RailGourmino: Sich wehren lohnt sich
- Urteil gegen kritischen Journalismus
- Windisch: EnAlpin-Angriff abgewehrt
- Flugblatt des Komitees pro EW Windisch

[Home](#) | [Abonnieren](#) | [RA am Kiosk](#) | [Ihre Meinung](#) | [Archiv](#) | [Über uns](#) | [Impressum](#) | Suche

ROTE ANNELIESE - INHALT DER AKTUELLEN AUSGABE

RailGourmino – Schockierende Entlassungen



AKTUELLE TITELSEITE

[Home](#) | [Abonnieren](#) | [RA am Kiosk](#) | [Ihre Meinung](#) | [Archiv](#) | [Über uns](#) | [Impressum](#) | Suche

Rote Anneliese – Ausgaben ab 2000!

1 bis 3 Megabyte grosse Dateien im pdf-Format.

2010	2009	2008	2007	2006
		RA Nr. 205	RA Nr. 200	RA Nr. 195
		RA Nr. 204	RA Nr. 199	RA Nr. 194
		RA Nr. 203	RA Nr. 198	RA Nr. 193
		RA Nr. 202	RA Nr. 197	RA Nr. 192
		RA Nr. 201	RA Nr. 196	RA Nr. 191
2005	2004	2003	2002	2001
RA Nr. 190	RA Nr. 185	RA Nr. 180	RA Nr. 175	RA Nr. 170
RA Nr. 189	RA Nr. 184	RA Nr. 179	RA Nr. 174	RA Nr. 169
RA Nr. 188	RA Nr. 183	RA Nr. 178	RA Nr. 173	RA Nr. 168
RA Nr. 187	RA Nr. 182	RA Nr. 177	RA Nr. 172	RA Nr. 167
RA Nr. 186	RA Nr. 181	RA Nr. 176	RA Nr. 171	RA Nr. 166
2000				
RA Nr. 165				
RA Nr. 164				
RA Nr. 163				
RA Nr. 162				
RA Nr. 161				

DOSSIERS

- Arbeit und Soziales
- Biologische Landwirtschaft
- Chaos im Baudepartement
- Fremdenkontrolle ausser Kontrolle
- Grenzen der Wasserkraft
- Illegale Machenschaften
- J. N. Cina und das Steuerparadies
- Kritik der Walliser Justiz
- Kurzschluss im Strommarkt
- Lex Koller auf dem Prüfstand
- Lonza: Löhne oben und unten
- Neonazis im Oberwallis
- Neue Wirren in Leukerbad
- Oberwalliser Medien
- Philosophie Aktuell
- Prozess: B. Tscherrig gegen RA
- Schule und Bildung
- Schwarzgeld-Affäre Conti Neri
- Solar- und Windenergie

Seilbahnverbindung Belalp-Riederalp: Der lange Abschied von einem schönen Traum

Albert Bass hat kapituliert!

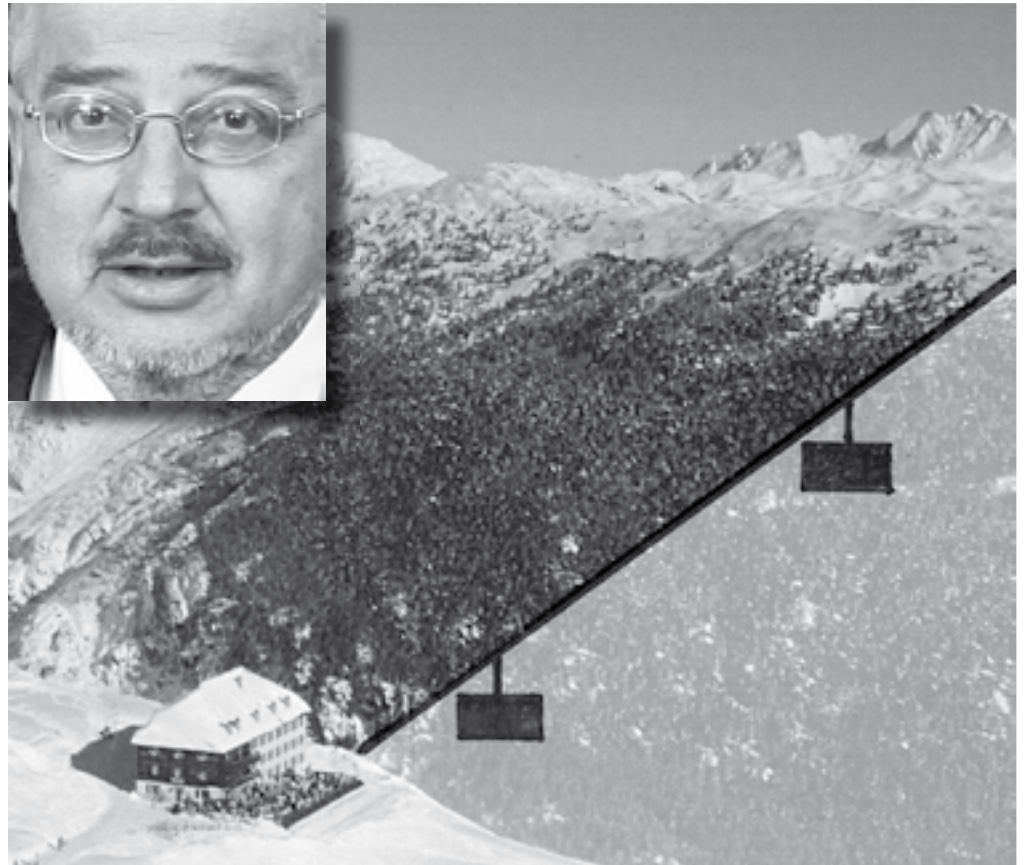
NATERS – Der Traum einer Seilbahnverbindung von der Belalp auf die Riederalp ist im Grunde schon seit vier Jahren ausgeträumt. Damals publizierte die RA das Stopp-Signal aus Bern. Trotzdem glaubte der Hauptpromotor Albert Bass weitere vier Jahre felsenfest daran. Noch Anfang Januar gab er Durchhalteparolen durch. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte er die Kapitulation bereits unterschrieben!

(ktm) «Von einer engeren Zusammenarbeit mit den Bahnen der Belalp haben wir abgesehen. Insbesondere kommt für die Plateaubahnen eine Verbindung zwischen der Riederalp und der Belalp nicht in Frage.» Diese klare Bedingung steht im Strategiepapier «Touristische Entwicklung Aletschgebiet 2008–2020» der Aletsch Riederalp Bahnen, der Bettmeralp Bahnen und der Luftseilbahn Fiesch Egghorn, unterschrieben am 23. Dezember 2008 von den drei VR-Präsidenten Albert Bass, Ignaz Imhof und Herbert Volken. Als die drei VR-Präsidenten gleichentags vor die Medien traten, war davon jedoch keine Rede. Und in

einem WB-Artikel «Weiterhin in der Schwebe» vom 6. Januar 2009 hielt Albert Bass zusammen mit Klaus Zurschmitten, dem VR-Präsidenten der Belalp Bahnen, unbeirrt an der Verbindungsbahn fest.

Schon im Jahr 2005 war alles klar

Die RA hat den Promotor Albert Bass in den letzten vier Jahren mehrmals darauf hingewiesen, dass das Aletsch-Bietschhorn-Gebiet im Bundesinventar der Landschaften von nationaler Bedeutung (BLN) aufgeführt ist und folglich ungeschmälert erhalten werden muss. Doch Bass stellte sich auf den Standpunkt, es sei vorgesehen, «das Gebiet



Seilbahnverbindung Belalp-Riederalp: Albert Bass hat bis zum bitteren Ende daran geglaubt.

nur zu überqueren und nicht zu durchqueren.» Zudem wurde mit der Verbindungsbahn auch der Landschaftsrappen in der Höhe von 724 000 Fran-

ken aufs Spiel gesetzt. Schon im Jahr 2005 hatte der Rechtsdienst des Bundesamtes für Wasser und Geologie (BWG) auf Anfrage der RA mit dem

Rechtsweg und mit Rückforderungen in Millionenhöhe gedroht, falls der Abgeltungsvertrag einseitig gebrochen werde.

DER HEITERE SCHLUSSPUNKT:



Wo kommen bloss diese Wahlzettel her?

**ROTE
ANNELIESE**

AZB 3900 Brig • NR. 206 / Februar 2009

Bitte Adressänderungen melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis